Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 44. Mittag-Ausgabe. Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Montag, den 27. Januar 1873.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

33. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (25. Januar.)

11 Uhr. Am Ministertisch Fürst Bismarck, der vor Beginn der Sitzung den Präsidenten v. Forckenbeck begrüßt und sich längere Zeit mit ihm bespricht; Graf zu Eulenburg, Dr. Leonhardt und v. Königsmarck mit zahlreichen Commissarien.

Die zweite Berathung des Staatshaushalts wird fortgesetzt. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat des Staats-Ministeriums. Die Budgetcommission, für welche Graf Limburg-Stirum referirt, beantragt die Einnahmen und Ausgaben, wie vorgeschlagen, in wenig veränderter, jedoch genauer präcisirten Form zu genehmigen. Nur unter den einmaligen Ausgaben sollen 18,480 Thlr. gestrichen werden, die zur Deckung der dem Bureau der Landes-Triangulation aus seinen bisherigen Arbeiten am Schlusse des Jahres 1872 noch zur Last fallenden Beträge aus der Erwerbung von Marksteinen-Umgebungsflächen und aus der Einmessung der trigonometrischen Punkte in die Gemarkungskarten angesetzt waren.

Tit. 1. „Präsident des Staatsministeriums" beantragt der Berichterstatter Namens der Budgetcommission von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, weil der Vertreter der Staatsregierung soeben mitgetheilt habe, daß die Bemerkung im Etat, das Gehalt werde gegenwärtig für diese Posten erspart, nach den Veränderungen im Ministerium nicht mehr zutreffe. Die Budget-Commission hält es in Folge dessen für nothwendig, um Klarheit hierüber zu gewinnen, die Sache einer nochmaligen Erörterung zu unterziehen. Früher war die Stellung des Ministerpräsidenten und des Ministers des Auswärtigen combinirt, und darum wurde das Gehalt des Präsidenten des Staatsministeriums an dieser Stelle erspart. Der gegenwärtige Ministerpräsident aber erhält sein Gehalt nicht als Kriegsminister, sondern an dieser Stelle des Etats, während der Generallieutenant v. Kameke das Gehalt des Kriegsministers bekommt. — Das Haus beschließt dem Antrage gemäß.

Zum Etat der Staatsarchive bemerkt Reichensperger (Koblenz): Es sind im Etat zur Erwerbung von Archivalien, Publicationen u. s. w. 800 Thlr. angesetzt, und sollen „etwaige Ersparnisse dieses Fonds zur Verwendung im folgenden Jahre disponibel bleiben". Das ist doch eben so spärlich als für die Zwecke ungenügend. Die Archive sind das Fundament der Provinzial- und Localgeschichte. Wichtige Archive und Urkunden zu erwerben wird immer schwerer, weil alle Antiquitäten theurer werden. Archivalische Zusammenstellungen zu publiciren ist eine mühsame, zeitraubende Arbeit. Deutschland steht hinsichtlich solcher Publicationen hinter allen Ländern weit zurück. In Frankreich besteht schon seit 25 Jahren ein großes Specialcomite dafür, früher unter dem Namen „des arts et des monuments" jetzt betitelt „de l'histoire et de langue", das durch Regierungsfonds reich ausgestattet, kostbare und höchst werthvolle Publicationen bereits gemacht hat. Aehnlich ist es in Belgien und auch in Oesterreich, wo unter Leitung des Herrn v. Arnim auf Staatskosten sehr bedeutende Publicationen über österreichische Geschichtsquellen gemacht werden.

Regierungscommissar Geh. Reg.-Rath Duncker: Ich kann mich mit dem Wunsche auf Erhöhung dieser Position nur einverstanden erklären. Ganz erschöpft die im Etat ausgeworfene Summe allerdings die in Rede stehenden Zwecke nicht. Es müssen die Zuwendungen der einzelnen Provinzialvertretungen für archivalische Zwecke hinzugerechnet werden. Bei uns wird die Sache nicht in der centralistischen Weise wie in Frankreich u. a. Ländern betrieben, sondern die Archive und Urkunden werden in den einzelnen Provinzen herausgegeben nach Maßgabe der durch die Provinzialvertretungen verstärkten Staatsfonds. Auf diese Weise wird das pommersche Urkundenbuch u. A. fortgeführt. Eine Erhöhung der Fonds wäre gewiß wünschenswerth.

Abg. Miquel: Ich möchte nur das Mißverständniß beseitigen, als ob der Abg. Reichensperger eine centralistische Herstellung der archivalischen Publikationen befürwortet hatte. Ein solches System wäre für Deutschland im höchsten Grade nachtheilig. Die einzig richtige Maßregel kann nur sein, durch Gewährung ausreichender Mittel und Anstellung neuer Kräfte die Thätigkeit in den einzelnen Territorien, wie sie jetzt besteht, zu fördern.

Abg. Reichensperger: Ich glaube von dem Verdacht centralistischer Neigungen wohl frei zu sein. Local- und Provinzialgeschichte kann nur in den Provinzen selbst studirt werden, will man nicht in die krassesten Irrthümer verfallen. Ich will nur, daß im Centrum die Bestrebungen auf der ganzen Peripherie wirksam unterstützt werden und hoffe, daß hierfür im nächsten Etat statt 800 mindestens 8000 Thlr. ausgesetzt werden.

Die Positionen dieses Capitels werden hierauf genehmigt.

Zum Etat der Ober-Examinations-Commission (Prüfung für die höheren Verwaltungsämter) hat Abg. v. Bonin den Antrag gestellt: Das Haus wolle beschließen, in Verfolg seiner am 3. März 1869 und am 17ten November 1871 gefaßten Beschlüsse die Staatsregierung wiederholt und dringend aufzufordern, die durch die Regierung selbst als nothwendig anerkannte gesetzliche Feststellung der Bedingungen, die zum Eintritt in die höheren Verwaltungsämter befähigen, nunmehr durch eine dem Landtage zu machende Vorlage herbeizuführen.

Hierzu beantragt Abg. Simon v. Zastrow, die gesperrten Worte zu streichen.

Abg. v. Bonin: Die Sache selbst ist schon mehrfach weitläufig im Hause erörtert worden. Ich wiederhole nur das eine dringende Motiv für meinen Antrag, daß gegenwärtig die gesetzlich verlangte Ablegung des zweiten juristischen Examens zum Eintritt in diese Verwaltungsämter hinfällig geworden ist durch den Fortfall und die Aufhebung dieses zweiten Examens. Es fehlt in diesem Augenblicke geradezu die Möglichkeit, daß Referendarien bei den Regierungen angenommen und ein Examen für den höheren Verwaltungsdienst abgelegt werden kann.

Regierungs-Commissar Hoffmann: Wenn die Staatsregierung bisher dem Antrage nicht entsprach, so lag dem keine Versäumniß, sondern nur die Thatsache zu Grunde, daß ein Bedürfniß dafür nicht vorhanden war. Schon vor dem Jahre 1866 war eine sehr unerwünschte Ueberfüllung in der Carriere der hier in Rede stehenden Verwaltungsämter; der Zudrang war ein enorm großer und dieser Zustand steigerte sich noch, als wir im Jahre 1866 aus den neuen Provinzen eine große Zahl von höheren Verwaltungsbeamten übernahmen; diese Beamten wurden zum überwiegenden Theile in die alten Provinzen versetzt und es trat dadurch, insbesondere bei den Regierungscollegien wiederum eine noch größere Ueberfüllung ein. Diese hat seitdem abgenommen; aber keineswegs etwa ist bereits der Zustand eines Mangels an Beamten dieser Klasse vorhanden; auch für Nachwuchs ist hinlänglich gesorgt. Es fehlt daher jedes Bedürfniß, einen neuen Anreiz für diese Carriere zu geben. Dazu kommt, daß die Schritte, die in neuerer Zeit die Reichsgesetzgebung im Wege der Selbstverwaltung gethan hat, bereits wesentlich auf die Verminderung der Geschäfte der Regierungen hingewirkt haben. Dasselbe Resultat hoffen wir von der neuen Kreisordnung. Ich kann daher die Annahme des Antrages nicht empfehlen.

Abg. Windthorst (Meppen): Die Gründe des Regierungs-Commissars hindern doch nicht, daß es zweckmäßig ist, gesetzlich klar festzustellen, wie sich junge Leute, die ein vorwiegendes Interesse für diese Carriere fühlen, einzurichten haben, wie sich auszubilden und welche Examina sie zu machen haben. Ich kann daher den Antrag nur empfehlen. Nach meinen Erkundigungen sind an sämmtlichen Regierungen des Staates gegenwärtig nur 19 Referendarien vorhanden. Wie man das eine Ueberfüllung nennen kann, ist schwer einzusehen. Wir befinden uns in dieser Frage gegenwärtig in einem der Verfassung und den Gesetzen widerstrebenden Zustande, und dem will mein Antrag ein Ende machen.

Abg. Simon von Zastrow: Eine Gesetzesvorlage sei nicht nothwendig, eine Einführungs-Ordre im Wege des Regulativs reiche hin. Sein Amendement wird aber abgelehnt und der Antrag Bonin mit sehr großer Majorität angenommen.

Zu dem Kapitel „Bureau der Landes-Triangulation" wünscht Abg. Schmidt (Stettin) zu wissen, in welcher Zeit die große Arbeit der Landes-Triangulation vollendet sein könnte. Der Regierungscommissar General Morozowicz bemerkt, daß die Dauer der ganzen Arbeit auf 26 bis 28 Jahre veranschlagt sei, daß sie seit 9 Jahren fortgeführt werde und bis zur Vollendung noch etwa 18 Jahre erforderlich sein werden. Auf eine Anfrage wegen Anfertigung der Generalstabskarten der neuen Provinzen erwidert derselbe Herr Commissar, die Regierung sei bemüht, die Herstellung der Generalstabskarten in derselben Weise zu fördern, wie die Arbeiten der Landes-Triangulation, so daß jährlich erwa 200 Quadrat-Meilen fertig gestellt werden können. Es sind aber militärische Kräfte nicht genügend vorhanden, und es müssen Topographen aus dem Civilstande dazu herangebildet werden. Die Regierung glaubt: in 5 Jahren so weit zu sein, jährlich das oben bezeichnete Quantum zu erreichen und wird auch dafür sorgen, das fertig gestellte sofort durch eine geeignete Form der Reproduction sowohl der Staatsverwaltung wie der Industrie und allen, die ein Interesse daran haben, dienstbar und zugänglich zu machen, so daß die Arbeiten nicht erst wie gegenwärtig in 3—4 Jahren ins Publikum kommen.

Zum Etat der Oberrechnungskammer wird folgende Resolution angenommen:

Die Staatsregierung aufzufordern: 1) Im Einvernehmen mit der Reichsregierung die Kassenetats des Rechnungshofes und der Oberrechnungskammer entsprechend den besonderen Haushaltsetats zu trennen. 2) Die Besoldungen der einzelnen Räthe der Ober-Rechnungskammer specialisirt in den Etat aufzunehmen.

Der Etat des Staatsministeriums wird nach den Vorschlägen der Budgetcommission genehmigt.

Es folgt die zweite Berathung des Etats des Auswärtigen Ministeriums. Abg. Lasker: Betreffs des Bureaus des Staatsministeriums ist uns heute im letzten Augenblick in der Budgetcommission mitgetheilt worden, daß in dem Gehaltsverhältniß eine Aenderung vorgehen soll. Das hat auf meine Anregung den Gedanken hervorgerufen, daß eine solche Frage nicht nebenher abgemacht werden kann, umsomehr, als der Ministerpräsident dieser Verhandlung nicht beiwohnt. Umgekehrt verhält es sich mit diesem Etat. Derselbe ist bei uns ja beinahe in Vergessenheit gerathen; der Inhalt ist so zwerghaft zusammengeschrumpft, daß, wenn man lediglich nach dem Umfang des Budgets die Angelegenheit beurtheilen wollte, dieser Etat sogar noch unter dem des landwirthschaftlichen Ministeriums stehen würde. Aber ich glaube, daß bei uns die Bedeutung der Staatsministerien verkannt wird; bis jetzt spricht man noch zu sehr von den einzelnen Ressorts und nach diesen mißt man die Bedeutung, der einzelnen Minister ab. Deswegen ist man der Meinung, und sie ist auch hier ausgesprochen worden, daß so lange das landwirthschaftliche Ministerium nur so wenig Angelegenheiten habe, sein Inhaber in der politischen Welt keine bedeutende Rolle spiele. Verstehe ich aber die Regierungsweise in Preußen recht und weicht sie nicht ganz und gar von dem ab, was unter Regierungen üblich zu sein pflegt, so ist das Ressort des Verwaltungs-Ministeriums beinahe Nebensache für den Chef des Ministeriums; diesen Theil sollte er eigentlich von guten Räthen soweit vorbereiten lassen, daß er selbst, mit guten Kenntnissen ausgestattet seine Aufgabe zu lösen weiß, während die eigentlich politische Bedeutung der Ministerien darin liegt, daß jeder Minister Staatsminister ist und demgemäß an den höchsten Acten der Staatsleitung mit Antheil zu nehmen hat. Einigermaßen unterstützt werde ich in dieser Meinung dadurch, daß an der Spitze des für Preußen gänzlich zwerghaften Ministeriums des Auswärtigen ein Mann steht, der doch dessen Dimensionen nicht angepaßt ist. (Heiterkeit.)

Ich meine also, daß die Dinge, die im Namen Preußens zu besorgen sind, nicht gerade den Inhaber des Ministeriums besonders beschäftigen werden, und ich finde es durch die Anwesenheit des Herrn Ministers einigermaßen bestätigt. Wenn es sich nur um die Vertheidigung einzelner Posten handelte, so würde uns ein Commissar jede mögliche Auskunft über die Gehaltserhöhung in München zu geben im Stande sein. Dagegen glaube ich nicht, daß ein Commissar uns darüber würde Auskunft geben können, welcher Art die Stellung des auswärtigen Ministers im preußischen Cabinet nunmehr ist. Dies halbe Räthsel hat sehr viel die öffentliche Aufmerksamkeit beschäftigt; man hat doch noch nicht völlige Klarheit, ob er nur auf sein Ressort sich beschänkt oder ob er in voller Theilnahme an der Politik des Gesammtministeriums sich betheiligt. Mir wäre es lieb gewesen, wenn bei der Einführung des neuen Ministeriums, welches seinen früheren Principien getreu sein will, uns die Versicherung gegeben wäre, daß ihm die ganze Energie seines früheren Leiters nicht fehlen werde und ich möchte deshalb hier anregen, vielleicht gar die Frage an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten stellen, ob ich in der Auffassung mich richtig befinde, daß innerhalb des Cabinets das Ressort, welches von dem einzelnen Staatsminister verwaltet wird, verhältnißmäßig in Beziehung auf die Politik eine untergeordnete Sache sei, dagegen aber die Theilnahme an dem Gesammtministerium als Staatsminister jedes einzelne Mitglied verpflichtet, mit voller Verantwortlichkeit, namentlich an den Acten der hohen Politik theilzunehmen und demgemäß auch Fürsorge zu treffen, daß die in dem Ministerium selbst einheitlich vereinbarte Politik von jedem einzelnen Minister vertreten werde. Es würde mir zu großer Genugthuung gereichen, wenn diese Gelegenheit das Land darüber aufklären möchte, daß auch fortan dem Staatsministerium der Beistand und die Energie des auswärtigen Ministers nicht fehlen werde.

Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Reichskanzler Fürst Bismarck: Der Herr Vorredner hat meiner Ueberzeugung nach vollkommen Recht, wenn er annimmt, daß jedes Mitglied des Staatsministeriums nach zwei Seiten hin aufzufassen ist, einmal nach der Verwaltung seines Ressorts, das zweite Mal nach seiner politischen Anschauung als Mitglied des Staatsministeriums, nach seiner Mitverantwortlichkeit für die Gesammthandlungen des Staatsministeriums, und ich kann dieser Auffassung eine Illustration durch Erwähnung der Discussion geben, die im Schooße des Ministeriums über die Frage stattgefunden haben, ob das landwirthschaftliche Ministerium als solches überhaupt beizubehalten sein werde oder nicht. Es hat sich dabei die Majorität des Staatsministeriums — und ich glaube das gesammte Staatsministerium — dahin ausgesprochen, daß wenn diejenigen Geschäfte, die bisher mit dem landwirthschaftlichen Ministerium verbunden sind, einen politisch thätigen Mann nicht überall ausreichend beschäftigen und wenn vielleicht aus dem Grundsatz der gerechten Arbeitsvertheilung eine Verstärkung des landwirthschaftlichen Ressorts wünschenswerth wäre, es doch für das Gesammtministerium von großer Wichtigkeit sei, daß Se. Majestät eine Ministerstelle vergeben könne, die unter Umständen, auch wenn sie gar kein Ressort hat, wenn ein Minister ohne Portefeuille wäre, durch ihre politische Stellung, durch ihre Mitwirkung in den politischen Fragen, das Ministerium in seinen Arbeiten unterstützen könne. Ich erwähne, daß in England meines Wissens eine größere Anzahl von Ministerien ohne Ressort, die eben nur vor dem Publikum die Mitverantwortlichkeit für die politische Leitung der Geschäfte tragen, vorhanden sind.

Es ist sogar bei uns der eigenthümliche Fall, daß der Präsident des Staatsministeriums, obschon ihm ein größeres Gewicht der moralischen Verantwortlichkeit wie jedem anderen Mitgliede ohne Zweifel zufällt, doch keinen größeren Einfluß als irgend einer seiner Collegen auf die Gesammtleitung der Geschäfte hat, wenn er ihn nicht persönlich sich erkämpft und gewinnt; unser Staatsrecht verleiht ihm keinen. Will er diesen Einfluß gewinnen, muß er ihn durch Bitten, Ueberredung, Correspondenzen, Beschwerden beim Gesammt-Collegium, kurz durch Kämpfe gewinnen, die die Leistungsfähigkeit des Einzelnen in hohem Maße beanspruchen. Die Mittel sind schwach, die Aufgabe groß, und die Last, die zu bewegen ist, wenn es gilt, einen anders denkenden Collegen zu überzeugen, ist oft mit Bitte und Ueberredung allein nicht zu bewegen. Dieser Umstand erhöht die Wichtigkeit des Moments, welches der Herr Vorredner accentuirte, daß im Staatsministerium jedes Mitglied gleiche politische Bedeutung als Staatsminister in Anspruch nimmt und in gleicher Weise wie der Ressortminister für die Gesammtleistung der Politik verantwortlich ist. Nur ist es dem einem bestimmten Ressort nicht Angehörigen nicht möglich und nicht gegeben, die Thätigkeit dieses Ressorts in ihren Specialitäten und Wirkungen so genau zu controliren, daß man sagen könnte, jeder Minister ist jederzeit für jede Handlung seiner Collegen verantwortlich; es vergehen oft Jahre, ehe ein Minister sich überzeugt, daß die Thätigkeit eines seiner Collegen Resultate hat, für deren Gewinn er die Verantwortung nicht tragen will. Wenn der Herr Vorredner mein Erscheinen hier heute dahin deutete, daß es meine Absicht gewesen sei, über meine Stellung zum Staatsministerium nach meiner Niederlegung des Präsidiums Auskunft zu geben, so möchte ich das nicht als absolut richtig anerkennen. Auch wenn mein Ressort noch kleiner wäre im Budget, als es jetzt ist, so würde ich es doch für meine Pflicht gehalten haben, soweit meine Gesundheit es erlaubt, persönlich zu dessen Vertretung zu erscheinen.

Was die Motive des Wechsels der Geschäfte im Staatsministerium betrifft, über die der Herr Vorredner eine volle Beruhigung vermißt, so erlaube ich mir festzustellen, daß solche Motive im Ganzen immer einfacher liegen, als das Gerücht und die Presse gern meint. Wenn man sie einfach nimmt, wie sie liegen, so fällt die Möglichkeit, darüber zu schreiben und zu konjekturiren. Es ist bekanut, daß der Geschäfsumfang, der mir oblag, ein so vielseitiger war, wie er kaum in einem ähnlichen Verhältnisse in einem Staate von ähnlicher Größe je der Fall gewesen ist. Im Anfang der Periode der Kumulation dieser Geschäfte hielt ich es fast für unmöglich. einen Theil derselben abzutrennen ohne das Ganze zu gefährden. Es kam dazu, daß meine Arbeitskraft stärker war, als sie schließlich geblieben ist. Es kam dazu, daß ich gerade im auswärtigen Amt, welches ich vorzugsweise als meine specielle Aufgabe betrachte, eine Hilfe hatte, deren ich gerne bei dieser Gelegenheit gedenke — es war der verstorbne Geheimrath Abeken. Ich habe mich seitdem nach und nach überzeugen müssen, daß es ganz unmöglich ist, diesen bedeutenden Geschäftsumfang, der mir oblag, auch nun in der Weise zu übersehen, daß ich jederzeit mich darüber entschließen kann, ob ich die Verantwortung für das Einzelne tragen will oder nicht. Gewöhnlich und in allen größeren Staaten wenigstens nimmt die Aufgabe eines auswärtigen Ministers die volle Arbeitskraft eines Mannes in Anspruch, und es dürfte in keinem großen Staate den Fall geben, daß man von dem Träger der auswärtigen Geschäfte auch nur eine anhaltende und ergreifende Mitwirkung in den inneren Angelegenheiten erwartet. Die auswärtigen Geschäfte des deutschen Reichs sind, Dank sei es unseren guten Beziehungen zu allen Regierungen, im Augenblick friedliche, aber diesen Frieden nach allen Seiten hin zu wahren und zu pflegen, ist eine Aufgabe, die eben die Arbeit eines Mannes erfordert. Wenn ich daneben in der Stellung eines Kanzlers des deutschen Reiches erhebliche Aufgaben der innern Verwaltung habe, außerdem die Verwaltung, die Verantwortung wenigstens für die Verwaltung des Reichslandes, welches manchem Königreich an Ausdehnung und Bedeutung gleichkommt, so ist ja auch dieser Geschäftsumfang eigentlich nur möglich durch die ausgedehnte sichere und zuverlässige Unterstützung, die ich nach so vielen Seiten hin in diesen Dingen finde.

In der ganzen Reichsverfassung ist es nun aber sehr viel leichter, wenn ich zu einem Punkte komme, wo es mir zweifelhaft wird, ob ich für die Thätigkeit des hoch und ministermäßig gestellten Beamten, für den ich die Verantwortung zu tragen habe, die Verantwortung ferner übernehmen will, so kann ich im Reiche Rechenschaft und Aufklärung über die Sache fordern, ich kann Bericht einfordern und kann wenigstens mein Veto, mein Inhibitorium sofort einlegen; kurz, ich bin berechtigt, im äußersten Falle zu verfügen, was man so unabhängigen Charakteren gegenüber oder dem Maße an Unabhängigkeit des Charakters gegenüber, welches mit großer Tüchtigkeit verbunden zu sein pflegt, sehr schwer und selten thut. Ich halte mich dort im Ganzen nur verantwortlich für die im großen Durchschnitt richtige Wahl der Personen, nicht für ihre einzelnen Handlungen. Außerdem, wenn ich diese Verantwortung gefährdet fühle, bin ich in der Lage, bestimmt zu sagen: Das will ich nicht, und bestimmte Forderungen zu stellen, was einstens zu geschehen hat. Ganz anders und viel mühevoller ist die Aufgabe eines preußischen Ministerpräsidenten, der einen hohen Ehrenposten, eine große Verantwortung hat und sehr wenig Mittel, dieser Stellung seinen Collegen gegenüber irgend welchen Nachdruck zu geben, und wenn gegen seine Einflüsse sich innerhalb eines Ministeriums ein passiver Widerstand entwickelt, den die einzelnen Beamten dieses Ministeriums theilen, so habe ich darüber die Erfahrung, daß man gewissermaßen im Sande ermüdet und seine Ohnmacht erkennt. (Hört, hört! links.) Wenn ich mir also die Wahl stellen mußte, meinen Geschäftskreis zu verkleinern, so konnte ich darüber nach einer zehnjährigen Erfahrung nicht zweifelhaft sein, daß die Stellung des preußischen Ministerpräsidenten diejenige war, die meine Arbeitskraft am meisten in Anspruch nahm.

Es ist ja im Ganzen nicht die Arbeit, die den Menschen körperlich in der Friction, in der wir in parlamentarischen Staaten leben, aufreibt, sondern es ist das ununterbrochene Gefühl der Verantwortlichkeit für große Dinge und für Interessen, die einem am Herzen liegen wie die eigenen, aber die doch zugleich die Interessen von 25 oder 40 Millionen sind. Wenn man geringe und weniger würdige Dinge mit hohen vergleichen kann, so möchte ich sagen: ein verantwortlicher Staatsmann an der Spitze eines Staates ist in der Lage wie Jemand, der etwa an der Börse ununterbrochen Geschäfte macht, die weit über sein Vermögen gehen, deren Verlust er nicht decken kann, wenn er verliert und bei denen außer dem directen und materiellen Verlust, Ehre, Ruf, Unabhängigkeit des Landes auf dem Spiel stehen. Das Gefühl, fortwährend handeln zu sollen in einer Weise, oder die Handlungen Anderer billigen oder mißbilligen zu sollen unter Umständen, wo man sich sagen muß, die Billigung oder Mißbilligung kann der Ausgangspunkt, der Crystallisationspunkt einer Entwickelung sein, deren weitere oder letzte Folgen Niemand mehr beherrscht — wen dies Gefühl der fortwährenden angespannten Verantwortlichkeit nicht angreift, der hat eben kein Pflichtgefühl und kein Herz für sein Land. Wer dies hat, den wird es bis zu einem gewissen Maße packen und verbrauchen. Wenn ich also die Wahl getroffen habe beim Einsehen der Nothwendigkeit, daß ich das preußische Staatspräsidium los sein wollte, so war es in dem Gefühl, daß in diesem Ressort die Mittel, einen Einfluß zu üben, im allergrößten Mißverhältniß mit der moralischen Verantwortlichkeit, welche die öffentliche Meinung an die Stelle eines Präsidenten knüpft, stehen (hört, hört!), daß mir die größte Erleichterung zu Theil werde, denn ich glaube, weit über die Hälfte meiner Geschäfte kam aus diesem Ressort — und zugleich die geringste Einbuße an Einfluß, denn daß ich auf diesen Einfluß verzichten wollte und verzichten könnte, so lange ich die Ehre habe, Se. Maj. des Kaisers Reichskanzler zu sein, daran ist ja gar nicht zu denken.

Ich will gleich entwickeln, warum dazu eine Zusammengehörigkeit zum preußischen Ministerium eigentlich gar kein absolut nothwendiges Erforderniß sein würde. Meine äußere Stellung zum preußischen Ministerium könnte noch mehr gelockert werden, als sie ist; die Geschäfte bleiben doch unzertrennbar. Der Reichskanzler, wenn er die Hauptbedingung seiner Aufgabe überhaupt erfüllen soll, muß derjenige Beamte sein, auf den Seine Majestät der Kaiser das höchste Vertrauen zu diesem Zwecke setzt. Hat er das Vertrauen des Kaisers, so ist doch unmöglich anzunehmen, daß Se. Majestät der König von Preußen in dieser Eigenschaft noch in seinem preußischen Ministerium eine Politik gestatten werde, die dem als Reichskanzler mit dem kaiserlichen Vertrauen beehrten Beamten die Wirksamkeit im Reich unmöglich macht. Es kann der König von Preußen und sein Ministerium ganz unmöglich gegen die Politik des Reichskanzlers eine Stellung nehmen, es ist vielmehr eine gegebene Nothwendigkeit, daß sie unterstützt wird. Man könnte ja vielmehr das Erforderniß aufstellen, daß der Reichskanzler Mitglied des Ministeriums eines andern bedeutenden Bundesstaates sei, denn in Preußen ist der Personal-Zusammenhang der königlich preußischen und der kaiserlichen Krone doch ohnehin gegeben und unzertrennbar. Aber auch der Zusammenhang zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Minister würde dadurch ja in keiner Weise gestört werden, daß der erstere vollständig aufhört Mitglied des preußischen Ministeriums zu sein. Wie ist der Geschäftsbetrieb im Bundesrathe? Die Factoren, welche den Haupteinfluß auf die Vorbereitung der Vorlagen für den Reichstag haben, sind die Ausschüsse des Bundesraths. In jedem dieser Ausschüsse hat, wenn Se. Majestät der Kaiser es nicht ausdrücklich anders befiehlt, der preußische Minister des betreffenden Ressorts, oder einer der höchsten Vertrauensbeamten des Ministeriums den Vorsitz. In der Sitzung des Bundesrathes findet sich wieder das preußische Ministerium in seiner Majorität zusammen und arbeitet dort und in seinen Ausschüssen unter Vorsitz des Reichskanzlers mit den übrigen Ministern.

Die Bänder, die beide Organisationen aneinder befestigen, sind also viel stärker, als man äußerlich anzunehmen pflegt und als unsere deutsche Presse zu meinem Erstaunen angenommen hat, in der ganzen Discussion dieser Frage. Wenn der Reichskanzler also, um ernannt zu werden und um in seinem Amte zu bleiben, nothwendig das Vertrauen Seiner Majestät des Kaisers haben muß, in Folge dessen Sr. Majestät dem Könige und dessen Ministern keine persona ingrata sein wird, so hat er nach der Verfassung außerdem Mittel des Einflusses und der Macht, die die Frage, ob der Zu-

sammenhang nothwendig ist, und durch welche Mittel er gesucht und gefördert werden kann, dem preußischen Ministerium ebenso nahe, ja fast noch näher legen, wie dem Reichskanzler, wenn er sich des Vertrauens der Mehrheit der Regierungen, die im Bundesrath vertreten sind, versichert, wenn er dabei das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu gewinnen weiß — und das wird für ihn ein ebenso nothwendiges Bedürfniß sein, da er nach der Verfassung derjenige Beamte ist, der den Vorsitz im Bundesrath führt und als Vertreter der Bundesregierungen vorzugsweise vor dem Reichstage die Dinge zu vertreten hat — wenn er diese Eigenschaften in sich vereinigt, so ist dadurch eine Lage gegeben, bei der Sie viel eher sich im preußischen Ministerium erkundigen können: Verliert ihr auch nicht die Fühlung mit dem Reichskanzler?, als daß Sie Veranlassung haben, den Reichskanzler zu fragen: Verlierst Du auch nicht die Unterstützung des preußischen Ministeriums?

Der Reichskanzler kann ein Gewicht durch andere Elemente gewinnen, welches viel stärker ist als die Disposition über die 17 preußischen Stimmen, und daß ihm die entgehen sollten, so lange er der Haupt-Vertrauensmann Sr. Majestät des Kaisers ist, ist eigentlich kaum denkbar; auch dann, wenn er sie nicht selber führte und instruirte, so wird er doch immer in der Lage sein, Sr. Majestät dem Könige von Preußen als Stimmführender für Preußen, so lange er es bleibt, Vortrag zu halten und wenn er es nicht mehr wäre, Sr. Majestät dem Kaiser als dessen Kanzler und Hauptvertrauensbeamter — denn das muß er sein, wenn er seinen Platz erfüllen soll, Vortrag über diese Dinge zu halten und es ist sehr unwahrscheinlich, daß, wenn der Reichskanzler gegen die Neigung, eine divergirende Neigung der preußischen 17 Stimmen bei Sr. Majestät dem Kaiser Protest einlegte, es faktisch ausführbar sein würde, diese 17 Stimmen, die gegen den Willen Sr. Majestät des Kaisers nicht abgegeben werden können, gegen den Willen des Reichskanzlers — es kann ja einmal vorkommen, aber nicht dauernd, das ist meiner Ansicht nach unmöglich — abgegeben werden. Dies würde immer zu einem Wechsel in der Person des Reichskanzlers oder zu einem Wechsel in den Personen des preußischen Ministeriums führen müssen. Ich kann deshalb nach dieser ganzen Situation die Anfrage des Herrn Vorredners dahin beantworten, daß mein Bleiben in dem jetzigen preußischen Cabinet, in der Eigenschaft als Mitglied, wenn auch nicht als Vorsitzender, doch beweist, daß mein Entschluß sich nicht geändert hat, dieses preußische Ministerium gerade in derselben Weise mit meinen Kräften zu unterstützen, als ob ich sein Vorgesetzter wäre, vielleicht in einer besseren, indem ich das Odium, welches der Vorsitz und die Einwirkung immer gelgentlich hat, nicht mehr besitze.

Darüber kann ich die ganz bestimmte Versicherung geben, daß das mein Wille und meine Absicht ist, nur mit etwas weniger Arbeit als früher, und ich muß leider sagen, mit etwas weniger unfruchtbarer Arbeit wie früher. Mein Gewicht im Ministerium wird dadurch, daß ich von den formellen Arbeiten und von der formellen Verantwortlichkeit erlöst bin, immer nach wie vor darauf basiren, ob es mir dauernd gelingt, das Vertrauen der Mehrheit meiner Herren Collegen mir zu bewahren und Sie können ganz gewiß darauf rechnen — und darin steht mein Entschluß ganz fest — daß, wenn dieser Wechsel in den Personalverhältnissen des Ministeriums ein Wechsel in der Richtung und in einer meiner früheren Politik feindlichen Richtung bedeutet hätte, keine Macht der Welt mich hätte bewegen können, meine Antecedentien von zehn Jahren zu verleugnen und, nur etwa um auswärtiger Minister zu bleiben, diesem selben Cabinet anzugehören, und so lange ich diesem angehöre, können Sie mit Sicherheit darauf rechnen, ist das der Beweis, daß dieser Weg, diese Richtung in der Hauptsache nicht verlassen wird, wenn ich mich auch um die Details zu meiner großen Erleichterung weniger zu bekümmern haben werde.

Was den Etat des auswärtigen Ministerius selbst betrifft, so glaube ich, es würde Ihnen nicht nur aus dem nationalen Gesichtspunkte erleichtert, diesen Positionen zuzustimmen, sondern es würde auch eine viel richtigere und sachlichere Bezeichnung sein, wenn man den Titel dieses Ministeriums wechselte und es beispielsweise statt „auswärtiges Ministerium" „Ministerium für die Reichsangelegenheiten" nennte oder „für die Deutschen Angelegenheiten", wie man will. Die Bearbeitung des Zusammenhanges des preußischen Staates mit dem deutschen Reiche ist immer — wir haben bisher keinen andern Ausdruck dafür — für Preußen territorial eine äußere Angelegenheit, insofern als dies Verhältnisse berührt, die die preußischen Grenzen überschreiten. Ich kann nicht anders sagen, als daß mir dieser Ausdruck ein unwillkommener ist und ich ihn mit einem gewissen Widerwillen gebraucht habe, weil ich gewohnheitsmäßig dafür halte, daß auswärtige Angelegenheiten in Deutschland nie anders sein sollten, wie jenseits der deutschen Grenzen, (Bravo!) und es wäre vielleicht nützlich, obschon ich nicht weiß, ob es ausführbar sein wird — sehr wesentlich ist es allerdings nicht, es ist eine Form — wenn man die Rubrik, die Ueberschrift dieses Ministeriums dahin ändern wolle, wogegen ich meinerseits nichts einzuwenden hätte. — Es muß meines Erachtens, mag es nun der Reichskanzler sein oder ein anderer, im preußischen Ministerium einen Minister geben, dessen Aufgabe es vorzugsweise ist, den Zusammenhang mit dem Reich innerhalb des preußischen Ministeriums zu cultiviren und sich von jedem Particularismus, auch dem des Ressorts, frei zu halten.

Diese Aufgabe, mit der nach altem Herkommen die Instruction der Gesandten verbunden ist, fällt augenblicklich dem preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu, weil wir einen anderen Titel dafür nicht haben, und weil der augenblicklich zugleich Reichskanzler und preußischer Bevollmächtigter im Bundesrathe ist; aber auch wenn diese Eigenschaften noch getrennt werden sollen und der Reichskanzler nicht mehr Mitglied des preußischen Ministeriums bliebe, was ihn, wie ich mir vorhin zu entwickeln erlaubte, seines Zusammenhangs mit Preußen wesentlich berauben, seine Stellung aber innerhalb der Reichsgliederung freier und annehmbarer hinstellen würde — selbst wenn das geschähe, würde es immer einen Minister für die deutschen Angelegenheiten im preußischen Ministerio geben müssen, der das Ressort hat, die preußischen Stimmen zu instruiren, mag diese Instruction eine selbstständige, nach Befehl Sr. Majestät von dem Minister ohne Zuziehung seiner Collegen ertheilte sein, wie es immer der Fall ist, wo überhaupt ein Ressort selbstständig handelt, in dem der Minister die Solidarität der übrigen Minister nicht zu verlangen hat, oder mag er genöthigt sein, wenn die Sache wichtig genug ist, wenn sie zurückgreift auf die inneren Verhältnisse Preußens, sich durch Majoritätsbeschluß seinen Collegen in Stand zu setzen, daß er instruiren kann. Es wird immer einen solchen Minister geben müssen. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, den Etat der auswärtigen Angelegenheiten heute aufzufassen und ihn nicht als particularistischen Ueberrest speciell preußischer Politik zu betrachten, sondern ihn als diejenige Maschinerie anzusehen, vermittelst deren Preußen seinen Contact und seine Beziehungen mit dem Reiche nicht nur, sondern auch vor der Entscheidung des Reiches mit den einzelnen Gliedern des Reiches zu erhalten und zu pflegen sucht. Daß ich dies, so lange ich eins dieser bedeutenden Aemter behalte, ganz in der Weise und durchaus in der Richtung thun werde, die in früheren Jahren Ihre Billigung gehabt hat, das versichere ich hiermit nochmals ausdrücklich, und davon wollen Sie überzeugt sein. (Lauter, lebhafter Beifall.)

Abg. Virchow: Die Forderung des Herrn Reichskanzlers, daß ein Reichskanzler aus einem anderen deutschen Staate, der das Vertrauen des Kaisers besitzt, einen solchen Einfluß auf die Politik des preußischen Ministeriums üben könne, daß eine vollkommene Harmonie zwischen ihnen existire, scheint mir etwas zu weit zu gehen. Ich war immer der Meinung, daß der Reichskanzler und der preußische Ministerpräsident eigentlich immer dieselbe Person sein müßten, und der Herr Reichskanzler hat ja selbst seiner Zeit dieselbe Meinung ausgesprochen; er betrachtete dies damals als selbstverständlich, bis er sich überzeugt hat, daß diese Stellung einen Haken habe. Es haben sich Dissonanzen herausgestellt, welche ihn veranlaßten, sein Amt als Minister-Präsident niederzulegen. Ich meine, es wäre an der Zeit gewesen, die Consolidation des preußischen Ministeriums in der Weise vorzunehmen, daß die Einträchtigkeit und kraftvolle Einmüthigkeit erreicht wird, welche ihm bisher fehlte. Unsere Wünsche gehen dahin, daß ein Ministerium, welches die öffentlichen Geschäfte leitet, aus einer Zahl nach gleichem Ziele strebender Männer bestehe, von denen Jeder auf den Anderen rechnen kann; daß in demselben der Minister-Präsident die erste und entscheidende Stellung hat und ihm zuwider keine Beschlüsse gefaßt werden. Vielleicht wird uns bald ein Gesetz über die Organisation des Staatsministeriums vorgelegt. Auch heute hat uns der Herr Reichskanzler auf Englands Einrichtungen verwiesen, trotzdem er recht gut weiß, daß sie nicht ganz zutreffen. Wenn bei uns das Ministerium aus der Majorität des Hauses hervorginge und eine andere Zusammensetzung gar nicht möglich wäre, dann ließe man sich manches Absonderliche gefallen; was uns jetzt beunruhigt, ist ein Act, der nicht an englische, sondern an russische Einrichtungen erinnert, nämlich die Ernennung eines Adlatus, eine Erscheinung, die bis jetzt keine Parallele gefunden hat. Der neue Minister-Präsident hat ebenfalls einen Adlatus bekommen, und wir haben befürchtet, es könne der Minister für Landwirthschaft und der für Handel ebenfalls einen bekommen. (Heiterkeit).

Das preußische Ministerium erschiene dann als ein großes Experimentirfeld, wir können die Adlatus hier nicht vorfordern und sie für ihre Schritte verantwortlich machen, wie wir dies mit den anderen Ministern können. Der Herr Reichskanzler kann aber selbst in Angelegenheiten kommen, denn er kann den Staatsminister Delbrück nicht für alle Fälle so instruiren, daß er immer so stimmt, wie es gerade im Sinne des Reichskanzlers thun sollte; er kann auch bei den Berathungen seine Meinung ändern und anders stimmen, als ihm vorgeschrieben ist, weil er seinen Chef von seiner Meinung zu überzeugen gedenkt. Eine Verantwortlichkeit hat er in dieser Beziehung gar nicht, wenigstens nicht uns gegenüber, sondern nur gegenüber dem Fürsten Reichskanzler. Ueberhaupt aber sollte eine so große Aenderung gar nicht vor sich gehen, ohne daß die vollste Klarheit darüber geschaffen und der Volksvertretung die Möglichkeit geboten wird, auf eine wirkliche Ordnung der Verhältnisse einzuwirken. Wir sind ja in Beziehung auf unsere Forderungen, so weit es die constitutionelle Praxis betrifft, möglichst bescheiden geworden. Aber volle Klarheit müssen wir haben, damit man weiß, wo man zu fordern hat. Die gegenwärtige Art, große Veränderungen von hier einschneidender Wirkung zu machen, ohne jede weitere Erklärung, scheint mir nicht verträglich mit einer wirklichen parlamentarischen constitutionellen Entwickelung. Wir haben deshalb die Ansicht gehabt, daß man die Angelegenheit in diesem Hause zur Sprache bringen und eine definitive Erklärung fordern müsse.

Minister der auswärtigen Angelegenheiten Reichskanzler Fürst Bismarck: Der Herr Vorredner hat zunächst vor seinem in die Zukunft blickenden Auge sich das Gespenst eines den preußischen Ministerium vergewaltigenden Reichskanzlers aus den übrigen Gliedern der deutschen Nation, gedacht. Ich glaube, dies ist eben ein Gespenst und die Fähigkeit, es zu sehen, beruht doch auf einem stärker gefärbten Anfluge von Particularismus, als ich dem Herrn Vorredner bisher zugetraut habe. (Heiterkeit.) Denn die Frage, wie die Machtstellung zwischen dem Reiche und den einzelnen Staaten sein soll, ist ja eine, die durch die Reichsverfassung festgestellt ist und durch die weitere gesetzgebende Thätigkeit des Reiches die Competenzerweiterung, zu der das Reich ermächtigt ist, mit der Zeit ihre Erledigung finden wird und kann, und sollte man Befürchtung eintreten, daß die Reichsregierung so mächtig wird, daß ein so starker Staat wie Preußen sich vor dem überwiegenden Einflusse des Reiches zu fürchten anfängt, so habe ich immer geglaubt, das wäre eins von den Idealen, denen mein Vorredner entgegenstrebt. (Heiterkeit.) Landsleute sind wir Deutsche doch alle und das bekämpfe ich eben in vielen Dingen, dieses Betonen der Scheidung, dieser Reichskanzler, möge er nun ein Preuße oder Baier sein, und steht er nur als Deutscher gegenüber und das rein Deutsche im Reichskanzler mehr und mehr zu accentuiren, dazu erachte ich eine gewisse Loslösung, eine Herausschälung desselben aus der ganzen Vegetation, die sich im preußischen Leben an ihn angesetzt hat, für nothwendig. Ich glaube, daß die Einigkeit mehr dadurch befördert werden muß, wenn wir uns richtigen Reichseinheit immer bewahren.

Der Schutz für die preußische Verfassung liegt in Sr. Majestät dem Kaiser und Könige, daß die beiden Organismen einen gemeinsamen Minister-Präsidenten bisher gefunden haben, das war der Ursprung, das sollte aber für die Dauer doch nicht festgehalten werden, denn ein Reichskanzler und Ministerpräsident, der im Hinblick auf die Zustände in der Sache und durch das Entgegenkommen einiger, wenn nicht aller Parteien, so sehr erleichtert werden wie, der so sehr den Vortheil hat des frischen Eindrucks der Ereignisse in einer erfreulichen Neubildung, wird sich auch so leicht nicht wieder finden, es wird vielleicht fähigere, besser geschulte und arbeitsfähigere Leute geben als ich, das gebe ich an, aber sie werden nicht getragen sein von der Neuheit der Ereignisse und man wird ihnen mehr Schwierigkeiten bereiten, einen solchen Geschäftsumfang zu bewältigen wie er mir bisher oblag, jedenfalls glaube ich aber nicht, daß es einer anderen Persönlichkeit gelingen wird, mit dem vollen Gefühl der Ehrlichkeit und Verantwortlichkeit hintreten zu können, wie ich jetzt. (Zustimmung.) Der Herr Vorredner hat mich in einer Beziehung doch nicht verstanden; ich habe von Dissonanzen, von dem, was man darunter gewöhnlich versteht, nicht gesprochen, sondern nur von dem Uebermaß der Geschäfte, die auf mir lasten; Dissonanzen, die mich zum Ausscheiden veranlaßten, haben gar nicht stattgefunden. Ich habe mich innerhalb des Ministeriums bei durch Abstimmung zur Entscheidung gebrachten Fragen jederzeit, wie ich glaube, mit Ausnahme eines Falles, in der Majorität befunden, und glaube, daß es auf der Seite der Majorität worden wäre, daß ich nicht der Grund, daß ich irgendwo überstimmt worden wäre, daß Beschlüsse, die mir zuwider wären, gefaßt wären, vielleicht aber der, daß ich nicht Alles durchsetzen kann, was ich wünsche — wie vielleicht ich zu sanguinisch und zu rasch — wünsche, — vielleicht mit dem Aufwande von Mitteln, die mir bei meiner sonstigen Thätigkeit als Ueberschuß verbleiben.

Ob es nützlich ist, dem preußischen Staate eine andere Verfassung, auch in dieser Beziehung mehr der englischen ähnlich, zu geben, und ich glaube, der Herr Vorredner erkennt einen solchen Zustand, so sind wir denselben näher gekommen, daß ich noch nicht glaube, daß es noch lange erst das Bedürfniß dadurch gelangen werden, daß man bis die Nationen in ihrer ganzen Zusammensetzung zu verschieden. Es kann ja sein, daß man es für wünschenswerth hält, daß das preußische Ministerium anders organisirt werde, daß unser Staatsrecht geändert werde, daß unsere Ministerpräsidenten die Befugniß, wie sie etwa der Präsident des Regierungskollegiums hat, das Inhibiren, das Recht, eine endgültige Entscheidung ihm, beigelegt wird: das Alles ist aber bisher nicht zutreffend. Ich kann aber so rasch die Dinge nicht ändern, wie meine Kräfte verbraucht werden, ich muß meine Aenderungen richten nach den Dingen, wie sie bis jetzt liegen, und der richtige Ausdruck der jetzigen Verfassung wäre vielleicht der, daß man den Titel des Ministerpräsidenten, der nicht mehr bedeutet, ganz fallen ließe und lediglich dem Princip gemäß, daß unter diesen gleichberechtigten 8 Personen jeder Art der Aelteste den Vorsitz führt. Soll aber der Titel des Ministerpräsidenten irgend etwas sich der Idee, die man sich von seinem Ansehen und seinem Einflusse macht, nähern, des gewinnen, dann erfordert es nach der heutigen Lage einen solchen Aufwand, nach Kräften zu verbrauchen, die ich nicht haben kann. Und eine Kraft, daß das gegenwärtige Bestreben, ohne mit dem Hause und Herrn Reichskanzler über alle Regierungsressort, daß derjenige, der Ministerpräsident ist, gar nichts anderes nebenher thun kann, als immer nach dem Ende eines jeden Tages sich mit seinen Collegen zu beschäftigen, wenn er hinter den Aufgaben, die er sich gestellt hat, zurückgeblieben ist.

So geeignet sind die Mittel: man muß entweder die collegiale Verantwortlichkeit sein festhalten und sich nicht daran kehren, wer Minister ist und daß das Geringste an größerer Verantwortlichkeit ihm zuweisen als jedem andern Collegen, oder man muß dieses, wenn man ihn stärker als den andern zur Verantwortung ziehen will, neben den Ressortministern in erster Linie mit andern Mitteln ausstatten, womit ich immer nicht behaupten will, daß es sich für die Dauer gleichzeitig die Stellung als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident zu seiner eigenen Befriedigung versehen wird. Herr Vorredner hat bedauert, daß das Ministerium nicht bei dieser Gelegenheit eine Modification und Vervollständigung erfahren hat. M. H., ich glaube, wir sehr ungewöhnlich gewesen, und ich habe das nach Kräften zu verhindern gesucht. Der Herr Vorredner meinte, es wäre eine sehr gewaltige einschneidende Aenderung, indem ist die Arbeit der ersten 14 Tage verschafft gewesen. Ich habe mich bemüht, dahin zu wirken, daß wenig als die Aenderung stattfinde. Die jetzige Ministerpräsident ist mein ältester College einerseits, er ist vor mir im Ministerium bereits war, er ist ein Freund von meiner frühesten Jugend her und zwischen uns ist vollständige Offenheit und gegenseitiges Vertrauen. Ich bin vollständig überzeugt, daß er seinerseits das Ministerium nicht weiter führen möchte, wenn er die Weiterführung um den Preis eines politischen Bruches mit mir erkaufen sollte — das volle Vertrauen habe ich zu ihm, daß er ich zu wenigen andern Seiten (Heiterkeit) außerhalb des jetzigen Ministeriums, wenn andere Herren (erneute Heiterkeit). Ich glaube, es handelt sich um Vervollständigung von außerhalb her. Nehmen Sie also an, Se. Majestät hätte einen neuen Ministerpräsidenten von außerhalb ernannt, ich wüßte nicht, wer das aus denjenigen Kreisen, mit denen ich bisher gearbeitet habe, mit denen wir zusammenleben können, sein sollte, es vielleicht noch ein mehr oder weniger Fremder sein. Ich glaube, wir würden nicht Sie diese Dinge weiter geführt worden wären.

Nehmen Sie doch an, daß ich in dieser Periode, in der ich zu den Geschäften zurückkehre, eines von den bisherigen Mitgliedern des Ministeriums ausgeschieden wäre, der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten aus Gesundheitsrücksichten gethan — nehmen Sie an, noch einer aus politischen Rücksichten, sie wären also, auch dieses Ausscheiden eines untergeordneten hätte, ausschiede, ist es so, als ob dieses Ausscheiden eine Censur des Verhaltens der königlichen Regierung und der darin bleibenden übrigen Collegen sei gewissermaßen ein Protest mit Abreise mit dem Ausscheiden verbunden, — lag nicht darin ein stummer Protest, der allen ein vielleicht recht schweres Gewicht und Zeugniß gegen die zurückbleibenden Collegen? Oder lag darin nicht vielleicht ein Symptom für die ganz unberechtigte Voraussetzung, daß Se. Majestät in Bezug auf gewisse Regierungsmaßregeln andern Sinnes geworden sei? Beides könnte man annehmen, je nachdem auf der einen oder andern Seite ein Austritt aus dem Ministerium stattfände, sei es zwischen Sr. Majestät und den Räthen der Krone, sei es innerhalb des Ministeriums, gemacht werden können. Gerade angesichts der wichtigen Aufgabe, die uns Ihnen vorliegen, schien es mir von der höchsten Wichtigkeit, daß das bisherige Ministerium dieser Aufgaben in möglichster Geschlossenheit entgegenzuführen, wenn dies nicht werden die Wirkung davon in den Resultaten bei den Abstimmungen nicht zu bereuen haben. Die Vervollständigung des Ministeriums aus der Majorität der Kammer, — ja, meine Herren, das ist sehr viel leichter gesagt, als gethan. Um das zu thun, muß man eine konstante Majorität haben. Wo ist bei uns diese Majorität, dieses Arkanum des ganzen Systems? Das war in England sehr leicht; so lange es nur zwei Parteien gab, die Whigs und die Tories, war es ein einfaches Rechenexempel: man zählte nach und die Majorität bekam die Verwaltung. Das ist auch in England jetzt nicht mehr thunlich, ich halte es für ein wesentliches Motiv, warum die englische Regierung in ihrer innern Verwaltung nicht mehr dieselbe constante Energie zeigt, wie früher.

Es giebt jetzt wenigstens fünf Fractionen, mit denen gerechnet werden muß, von denen man schon mehrere zusammengreifen muß, um überhaupt eine Majorität zu erzielen, eine Majorität, die schwankend wird, indem gewöhnlich nur eine, oft auch keine dieser Fractionen mit dem ganzen Bestande des Ministeriums gänzlich einverstanden ist. Man kommt sehr viel leichter an die Grenze des gemeinsamen Territoriums, auf dem sich ein solches Coalitionsministerium überhaupt nur behaupten kann; das Gebiet wird ein sehr viel engeres. Wir sind meines Erachtens bisher überhaupt nicht in der Lage, ein Parteiministerium bei uns in Preußen bilden zu können. Das Ministerium muß einen vorwiegend gouvernementalen — gestatten Sie mir nach meiner ganzen Herzensauffassung den Ausdruck, königlichen Charakter tragen. (Bravo! rechts.) So wie Sie in ein Parteiministerium kommen, werden die Gegensätze geschärft. Der König allein und die von ihm und seiner politischen Auffassung ausgehende Emanation ist parteilos, und in dieser Stellung über den Parteien; auf dieser Höhe der Krone muß die Regierung in Preußen gehalten werden. Es kann nothwendig sein, je nach dem gouvernementalen Gefühl Sr. Majestät und der Regierung, diesmal mit einer, dann mit der andern Partei zu gehen. In England wird solcher Unterschied gewöhnlich durch einen Ministerwechsel charakterisirt. Sollen reactionäre Maßregeln getroffen werden, so übernimmt die liberale Partei das Ruder aus der richtigen Voraussetzung, daß sie die nöthigen Grenzen nicht überschreiten wird; sind liberale Maßregeln zu treffen, so tritt vorzugsweise die conservative Partei ans Ruder (Heiterkeit), aus derselben Rücksicht. Bei uns sind die Parteigegensätze noch zu schroff, und das staatliche Gefühl, das Gefühl, daß jedes Individuum für die Regierung und für die gute Regierung des Staates auch außerhalb und unabhängig von der eigenen Partei verantwortlich bleibt, das ist bisher nicht in dem Maße, wie in England, ausgebildet, wenn ich auch nicht leugne, daß man in den letzten 20 Jahren bei uns hierin immense Fortschritte gemacht hat, und wir auf bestem Wege sind, daß Niemand unter uns mehr sagt: es soll nach meiner Meinung geschehen, ob auch die Welt darüber zu Grunde geht.

Jeder fängt an, die Nothwendigkeit der Fortexistenz der geordneten Regierung Rechnung zu tragen, wenn er nicht einer Partei angehört, die grundsätzlich diesen Staat, wie er gerade ist, negirt, weil er nach ihrer Meinung überhaupt nicht existiren sollte. Ich muß nun, obgleich ich mich durch den Herrn Vorredner habe verleiten lassen, länger zu reden, als ich glaubte, noch eine Frage erwähnen, die des Adlatus, was er eine russische Einrichtung nannte, was doch aber hier nicht zutrifft. Ich mußte dem Herrn Vorredner längere Zeit zuhören, bis ich mich überzeugte, daß mein Verhältniß zu dem Herrn Präsidenten des Reichskanzleramtes auch in dieser Natur aufgefaßt wird. Ich glaubte, es wäre immer von der neuen Einrichtung im Kriegsministerium die Rede, die eben darin ihren Grund hat, daß Jemand außerhalb der Geschäfte des Ministerpräsidiums ein so umfangreiches Ressort nicht bewältigen kann. Was aber mein Verhältniß zum Herrn Minister Delbrück betrifft, und die Erlaubniß, die ich durch allerhöchste Ermächtigung erhalten habe, mich auch in meiner Abstimmung unter Umständen durch ihn vertreten zu lassen, so kann ich nicht vorausschicken, daß ich glaube in der Lage zu sein, Alles, was dieser mein College für mich etwa abstimmen sollte, zu ratihabiren, aber selbst wenn ich das nicht thäte, so ist ja die Abstimmung im Staatsministerium noch gar nicht der entscheidende und definitive Akt, durch welchen sich ein Minister an eine Maßregel bindet, das ist erst die Contrasignatur. Wenn im Staatsministerium 5 gegen 8 abgestimmt ist, und es ist zu Protokoll genommen, und dieses Protokoll ist von allen unterschrieben, so bleibt nichtsdestoweniger jedes Mitglied der Majorität in der Lage, seinen Collegen von Neuem zu berufen und zu sagen, ich habe mich damals geirrt, ich habe dieses oder jenes voraus erfahren, ich habe dieses oder jenes nicht gewußt, meine Abstimmung nehme ich zurück, sie gilt nicht, und ich kann den Akt, der aus dieser Abstimmung hervorgehen wird, nicht contrasigniren.

Erst wenn er das gethan hat, wenn er seine Unterschrift zu der Sr. Maj. des Königs gesetzt hat, erst dann ist der verfassungsmäßige Akt vollzogen, erst dann übernimmt der Minister seine Verantwortlichkeit. Es würde außerordentlich unbequem sein, wenn irgend ein Minister einen zu häufigen Gebrauch von diesem formellen Rechte machte, und die andern würden schließlich sagen, wir wünschen eine Aenderung in diesem Geschäftsgange oder in dieser Person. Aber das Recht kann meines Erachtens keinem Minister verwehrt werden, daß er sagt, an diese Abstimmung will ich nicht gebunden bleiben. Durch welches Mittel ich nun meine Abstimmung abgebe, hat eigentlich mit der Uebernahme der Verantwortlichkeit durch die Contrasignatur Nichts zu thun, ich könnte es ja schriftlich thun, wir sind nicht in der Lage, einen Abwesenden zu präkludiren, wenn ein schriftliches Votum vorliegt; es würde nichts helfen, er würde sagen: ich contrasignire nicht, — das ist keine Anforderung, zu der Jemand körperlich gezwungen werden kann. Und so würde er in den seltenen Fällen, wenn der zu meiner Vertretung ermächtigte und mit mir im vollsten Einverständniß und im Besitz meines vollsten Vertrauens befindliche College, — in einer wichtigen Sache wird es nicht vorkommen — in einer unwichtigen sich zu etwas verstanden hätte, was ich in keiner Weise verantworten könnte, so würde die Möglichkeit ja gar nicht ausgeschlossen sein, daß ich vor der Unterschrift sagte: das kann ich nicht ratihabiren. Indessen der kommt nicht vor, denn gewöhnlich sind die Dinge, auf die man Werth legt, doch vorher vollständig in Fragen formulirte und man hat sein Ja oder Nein zu sagen, und wenn Meinungsverschiedenheit zwischen uns wäre, zwischen dem Herrn Minister Delbrück und mir, so würde ich zweifelhaft sein, ob er die Sache nicht besser verstanden hat, als ich und würde unter Umständen seinem Urtheil mich fügen.

Ich kann nur zum Schluß wiederholen, daß der Vorredner die Wirkungen der Personalveränderung, die stattgefunden, überschätzt hat, und ich ergreife gern die Gelegenheit, meinerseits dahin zu wirken, daß dieser Ueberschätzung nicht weiter Raum gegeben wird, daß namentlich die wunderlichen Sachen in den Zeitungen, als wenn ich das Opfer irgend welcher Intrigue gewesen und hinausgedrängt wäre, widerlegt werden. Ich habe Se. Maj. den König sehr lange bitten müssen, ehe mir diese Erleichterung gewährt wurde; ich habe den jetzigen Ministerpräsidenten sehr lange bitten müssen, daß er sein Abschiedsgesuch zurücknahm, und Se. Majestät der König hat durch ein Wort, das auf einen Soldaten nie seinen Eindruck verfehlt, diese meine Bitte verwirklicht und ich bin herzlich erfreut, daß er sich dazu verstanden hat, diese arbeits- und mühevolle, und wie ich fürchte, auf die Dauer wenig dankbare Stellung in seinem hohen Alter zu übernehmen, und ich möchte Sie bitten, die Unterstützung, die Sie dem Ministerium unter meinem Präsidium gewährt haben, ihm auch unter dem jetzigen Präsidium nicht zu versagen; denn es ist in der That kein anderes. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.)

Der Etat des auswärtigen Amtes wird genehmigt.

Das Haus tritt nunmehr in die Specialberathung des Justizetats.

Referent Lasker: die Anträge, welche die Budget-Commission zu den Positionen dieses Etats gestellt hat, sind wesentlich formeller Natur, sie beziehen sich auf die Zerlegung einzelner Titel u. s. w. Der Etat ist im Großen und Ganzen nach den vorjährigen Beschlüssen des Hauses gearbeitet, die Gehälter der Actuarien und Salarienkassen-Beamten und das Einkommen der Bogenschreiber sind aufgebessert. Dennoch ergehen täglich an uns bittere Klagen aus den Kreisen der Subalternbeamten der Justizverwaltung über ihre unausreichenden Gehälter, die in keinem Verhältniß zu ihrer kolossalen Arbeitslast stehen. Wir wollten keine Gehaltsaufbesserung anregen, weil wir sonst wieder die Bewegung der Erhöhung des Einkommens in allen Kreisen des Beamtenstandes in Fluß bringen würden.

Wenn nun auch keine directen Klagen aus dem Richterstande laut geworden sind, so beweist doch der Mangel an Richtern, der Umstand, daß die Referendarien sofort nach Ablegung des Assessor-Examens in die Richterstellen gebracht werden, daß in der ganzen Organisation unserer Justizverwaltung die größten Mißstände existiren. Wir haben drei verschiedene Justiz-Organisationen, neben der hannoverschen und der rheinischen die altländische mit einer großen Zahl von Richtern, die mit Geschäften überhäuft sind, welche zum guten Theil von Subalternbeamten besorgt werden sollten, und mit einer großen Zahl von Subalternbeamten zum Theile ohne Beschäftigung, deren Stellen scheinbar blos zur Versorgung der Militairanwärter geschaffen sind. Dem gegenüber haben wir blos den Trost, uns im Zustande des Provisoriums zu befinden, daß bereits seit Jahren vor und nach Gründung des Norddeutschen Bundes an einer neuen Justizorganisation gearbeitet wird. Leider ist, seit die Justizorganisation Reichsaufgabe geworden, eine Verlangsamung der so dringenden Arbeiten eingetreten und so wenig ich es sonst liebe, im Particularstaat die Arbeiten des Reiches irgendwie zu beeinflussen, so muß es doch hier geschehen, wo wir uns in einem wahren Nothstande be-

finden, wo wir dem Andringen der Subalternbeamten nicht weiter widerstehen können, wo unsere Richter der Last ihrer Aufgaben unterliegen. Wir müssen verlangen, daß die preußische Regierung energisch im Bundesrathe für die Vollendung der Organisationsarbeiten eintritt. Es ist dies der Zweck unserer beiden Anträge, die Regierung aufzufordern:

1) darauf hinzuwirken, a. daß die Gerichts-Organisation für das deutsche Reich ohne Verzug ins Leben gerufen werde, b. daß eine erhebliche Verminderung der Richterzahl, sowie ferner eine sehr umfangreiche Verminderung der Subaltern- und Unterbeamten als wesentliche Grundzüge der künftigen Gerichtsorganisation anerkannt werden; 2) im Zusammenhang mit der Durchführung der künftigen Gerichts-Organisation in Preußen, eine umfassende Revision der Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Justizbeamten zu vollziehen.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich bin der Meinung, daß der Justizminister, der in dem ersten dieser Anträge an ihn gerichteten Aufforderung gar nicht bedarf. Er hat sein Möglichstes gethan und zwar mit einer Anstrengung seiner Kräfte, welche ihn auf's Krankenlager geworfen. Die Emanation einer Gerichtsorganisation gehört nicht zu den Aufgaben des Reichs. Der Antrag Lasker, welcher sie dazu machen sollte, fand zwar im Reichstage aber nicht im Bundesrathe die Majorität. Dennoch erklärten sich der baierische und würtembergische Justizminister zu Verhandlungen zum Zwecke einer Verständigung bereit. Ihre Vorschläge genügten, wenn man nicht wie der Vorredner die Bundesfürsten der Justizhoheit berauben will. Die Verhandlungen haben ein gewisses, wenn auch von den Zeitungen nicht präcis wiedergegebenes Resultat ergeben. Was bedeutet da noch dieser Antrag, als den Einzelstaaten den letzten Rest der Justizhoheit entziehen. Es ist nicht wohlgethan, diesen Antrag zu stellen und ihn, der wesentlich politisch, mit sachlichen Gründen zu motiviren. Solche Beschlüsse bereiteln eher das Erreichbare, als daß sie das fördern, was die Antragsteller bewirken möchten. Bei der Ausarbeitung der Civil- und Criminalproceßordnung werden gewisse Lineamente der Gerichtsorganisatian geregelt werden müssen und man wird dann haben, was man will und was nöthig ist, ohne den Einzelstaaten die ganze Justizhoheit zu entziehen.

Die Zahl der Beamten, auf welche in den Anträgen Gewicht gelegt wird, gehört doch gar nicht zu den Grundzügen einer Organisation, obwohl auch ich der Meinung bin, daß man die Zahl der Beamten möglichst einschränken soll. Auch glaube ich nicht, daß wir die erforderlichen Gehaltsaufbesserungen, besonders der Subaltern-Beamten, bis zur einstimmigen Gerichtsorganisation aufschieben dürften. Statt ihrer überflüssigen Anträge hätte die Commission lieber ihr Auge auf diesen Punkt richten sollen.

Justiz-Minister Dr. Leonhardt: Zu dem Antrage 1a. habe ich zu bemerken, daß eine Verzögerung der von demselben berührten Arbeiten nur dadurch stattgefunden hat, daß die ursprünglich für Preußen bestimmte Gerichtsverfassung Aufgabe des norddeutschen Bundes und dann des Reichs wurde. Im Uebrigen wurde nichts verschleppt, seit mir die Ausarbeitung übertragen worden. Die Hauptschwierigkeit lag in der Stellung, die ich zu meiner Aufgabe nahm, indem ich mich bemühte eine allgemeine Gerichtsverfassung, nicht nur bloße Procedurformen zu schaffen. Als der würtembergische Justizminister im Reichstage sich beschwerte, daß die übrigen Bundesstaaten keine Nachrichten über die Arbeiten des preußischen Justizministers erhielten, befand ich mich wieder aus Gesundheitsrücksichten in den Hochalpen, sonst hätte ich gegen diese Aeußerung in der Leipzigerstraße protestirt. Ich habe es sowohl beim Strafgesetzbuch als auch bei der Straf- und Civilprozeßordnung für meine Pflicht gehalten, mich mit den Bundesgenossen über die wichtigsten Grundprinzipien zu verständigen. Was die zuletzt stattgehabten Conferenzen mit den süddeutschen Ministern betrifft, so darf ich deren Resultat, weil sie vertraulicher Natur waren, nicht mittheilen und nur bemerken, daß in Folge derselben eine Umarbeitung des Entwurfs nothwendig geworden ist. Dieselbe ist beendet und ist der umgearbeitete Entwurf dem Bundesrathe zugegangen. Was meine Stellung zu den beiden anderen Anträgen der Commission betrifft, so ist es ja bekannt, daß ich mich häufig in ihrem Sinne geäußert habe, daß die Grundbuchordnung in dieser Tendenz gearbeitet wurde, und daß dem gleichen Gedanken in der Vormundschafts- und der Depositial-Ordnung, die in der nächsten Session dem Hause zugehen werden, Ausdruck gegeben wird.

Abgeordneter Bähr empfiehlt an Stelle der Resolution 1b, welche Mißverständnisse herbeiführen könnte, sein Amendement, daß bei dieser Gerichts-Organisation, soweit die Interessen der Rechtspflege es gestatten, auf eine Verminderung der Richter sowie der Subaltern- und Unterbeamten Bedacht genommen werde.

Abgeordneter Miquel: Der Umstand, daß die vertraulichen Conferenzen die Umarbeitung des Entwurfs nothwendig gemacht haben, ist nicht wenig geeignet uns stutzig zu machen und wenn der Abgeordnete Windthorst geglaubt hat, hier den Justizminister in Schutz nehmen zu müssen, gegen den Vorwurf, daß er seine Arbeiten verzögere, so war das um so weniger nöthig, als unser Antrag gar nicht diesen als eben die oppositionellen Bundesmitglieder treffen will. Man ist gewöhnt, Herrn Windthorst bei jeder Gelegenheit gegen die Ausdehnung der Reichskompetenz auftreten zu sehen, heute handelt es sich gar nicht um eine allgemeine Nationalgerichtliche Organisation sämmtlicher deutschen Gerichte, sondern um die Grundzüge der mit der Prozeßordnung nothwendig verbundenen Gerichtsverfassung.

Abg. v. Gerlach: Ich beschränke mich auf Preußen, das übrige Deutschland hat Abg. Windthorst schon berücksichtigt. Ich bin seit 60 Jahr im preußischen Justizdienste, während dieser Zeit habe ich manchen Mangel wahrgenommen. Das schlimmste ist aber, daß man das Bestehende immer als Provisorium ansieht und von Organisation spricht. Schon das Wort ist mir zuwider, es setzt eine desorganisirte Masse voraus, welche nicht da ist. Daß mannigfache Organisationen bei uns sind, ist ein Zeichen unserer Freiheit, darin unterscheiden wir uns von despotischen Staaten. Daß viel geklagt wird über unsere Rechtspflege, ist nicht wahr, im Gegentheil ist man sehr zufrieden; Klagen hört man höchstens in Folge von Neuerungen. Solche Anträge zu stellen ist leicht, aber die Resolution ist unzulässig. Man nährt damit Unzufriedenheit. Jeder will mehr Geld und weniger Arbeit haben. Ich bitte Sie um Ablehnung der Resolution.

Abg. Lasker: Wenn ein alter Beamter wie der Vorredner die Ansicht ausspricht, die Beamten wollten allgemein mehr Geld haben und weniger arbeiten, wäre es interessant zu erfahren, ob er diese Ansicht generell meint, oder sich ausschließt. — Aber der Antrag wegen Aufbesserung der Gehalte der Beamten fand in der Commission nirgend Beifall. — Schon ob eine Organisation der Gerichte nöthig, wenn es auch dem Abg. Gerlach nicht gefällt, und das wird er hoffentlich zugestehen, daß die Organisation des höchsten Gerichtshofes von bestimmendem Einfluß auf die ganze Rechtspflege ist. Damit ist die ganze Organisation auch nothwendig. — Uebrigens treten die Anträge der Commission nicht als neue Anträge vor das Haus, sondern seit vielen Jahren sind ähnliche fortwährend vorgebracht worden. Mit bloßen Redensarten konnte die Commission nicht an Sie herantreten. Der Kern des Uebels liegt in der zu großen Zahl von Beamten. Es ist eine große politische Frage, ob wir in die Bundesstaaten-Organisation, welche wir der Regierung nicht dringend genug ans Herz legen können.

Das Amendement Baehr wird abgelehnt, dagegen der Antrag der Commission angenommen und die einzelnen Positionen des Etats unverändert genehmigt. Zu Kap. 73 der Ausgaben ist die Resolution gestellt: die Regierung aufzufordern, schleunigst eine Gesetzesvorlage zu machen, welche in Ausführung der Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde, die Vereinigung der beiden höchsten Gerichtshöfe anordnet.

Hierzu bemerkt der Justizminister: Nachdem das Herrenhaus vor einigen Jahren die betreffende Vorlage abgelehnt, habe ich allerdings Bedenken getragen, sie wieder einzubringen, da dieselben Gründe der Ablehnung noch vorliegen. Dazu kam die schwebende Frage der Errichtung eines obersten Reichsgerichts, welches mich einige Zeit hoffen ließ, von der Einbringung dieses Entwurfs absehen zu können. Sollte indessen die Annahme des Antrages dem Wunsche des Hauses nach der Vereinigung des Obertribunals und des Ober-Appellationsgerichts Ausdruck geben, so bin ich nicht abgeneigt, den Entwurf wieder vorzulegen.

Abg. Baehr: Die Aufgabe der Vereinigung beider Gerichte sei keine leichte und wahrscheinlich würde die Rechtsprechung dadurch eine bedeutende Verzögerung erfahren, die Stellung der Richter aus den neuen Provinzen [illegible] die Vereinigung [illegible].

Referent Lasker erklärt den bestehenden Zustand wegen der Differenzen zwischen beiden Gerichtshöfen in gewissen strafrechtlichen Gegenständen für unerträglich. Es sei die höchste Zeit, [illegible] die Rechtsprechung für die neuen Provinzen würde durch Errichtung eines besonderen Senats nach Analogie des rheinischen genügend [illegible].

Die Resolution wird mit großer Majorität angenommen, worauf das Haus die weitere Berathung des Justiz-Etats um 4¼ Uhr abbricht.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. (Zahlreiche dritte Lesungen, Etatsberathung.)

Berlin, 25. Januar. [Der Geh. Ober-Medicinal-Rath Professor Frerichs] ist von seiner Reise nach Petersburg zurückgekehrt, wohin er an das Krankenbett J. Kais. Hoh. der Frau Großfürstin Helene gerufen war.

Berliner Börse vom 25. Januar 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	5	140⅜ bz.B.
do. do.	2 M.	5	139⅝ bz.G.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	4	149¼ bz.G
do. do.	2 M.	4	— —
London 1 Lst.	3 M.	4	6.20⅝ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	5	— —
Wien 150 Fl.	8 T.	6	91⅞ bB. ¾ G
do. do.	2 M.	6	91¼ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	56.16 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	5	99¾ G.
do. do.	2 M.	4½	— —
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	5	— —
Petersburg 100 SR.	3 M.	6½	89¼ bz.
Warschau 90 SR.	8 T.	6	82 bz.
Bremen	8 T.	5	— —

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	102 bz.
Staats-Anl. 4½%ige	4½	101⅝ bz.
dito consolid.	4½	103⅞ bz.
dito 4%ige	4	95⅞ bz.G.
Staats-Schuldscheine	3½	89⅝ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	125 bz.B.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	100⅝ bz.
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	94¼ bz.G.
Pfandbriefe. Berliner	4½	99⅞ B.
Pfandbriefe. Central-Boden-Cr.	5	102 G.
Pfandbriefe. do. Unkündb.	5	101⅞ bz.
Pfandbriefe. Pommersche	3½	81½ G.
Pfandbriefe. Posensche	4	90¾ G.
Pfandbriefe. Schlesische	3½	82⅝ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	95⅞ bz.
Rentenbriefe. Pommersche	4	96 bz
Rentenbriefe. Posensche	4	92⅞ B.
Rentenbriefe. Preussische	4	94 bz.
Rentenbriefe. Westfäl. u. Rhein.	4	97½ G.
Rentenbriefe. Sächsische	4	96¼ bz.
Rentenbriefe. Schlesische	4	94 bz.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 71½ bz.
Oldenburger Loose 38½ bz.G.

Louisd'or 111 bzG	Dollars 1.11½ G.
Sovereigns 6.21¾ G	FrmdBkn. 99⅞ bzB.
Napoleons 5.10¼ bB.	Oest. Bkn. 92 bz.
Imperials 5.16 G.	Russ. Bkn. 82½ bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	65¾ à ⅞ bz.
do. Papierrente	4⅕	61¾ à ⅝ bz.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	96½ bz.
do. 54er Präm.-Anl.	4	94 G.
do. Credit-Loose	—	118 bz.
do. 64er Loose	—	92½ B.
do. Silberpfandbr.	5½	83⅞ bz.
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	92½ B.
Wiener Silberpfandbr.	5½	86 G.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	127¾ bz.
do. do. 1866	5	128¾ bz.
do. Bod.-Cred.-Pfb.	5	92 B.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	76 B.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	76½ G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	65¼ bz B
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	97¼ bz.
do. do. p. 1885	6	98½ bz.
do. 5% Anleihe	5	96½ et bz.G.
Badische Präm.-Anl.	4	112½ bz.B.
Baiersche 4% Anleihe	4	116½ G.
Französische Rente	5	85¼ bz.G.
Ital. neue 5% Anleihe	5	64¾ bz.
Ital. Tabak-Oblig.	6	93 bz.
Raab-Grazer 100 Thlr-L.	4	84¾ bz.B.
Rumänische Anleihe	8	— kl 99¾ B.
Türkische Anleihe	5	52 bz.
Ung. 5% St. Eisenb. Anl.	5	76⅝ et bz.B.

Badische 35 Fl.-Loose 40½ G.
Braunschw. Präm.-Anl. 24⅝ bz.
Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 9⅝ bz.G.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	93¼ bz.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	82⅝ bz.
do. do. VI.	4½	98¾ et bz.B.
do. Nordbahn	5	102¾ B.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	97½ G.
do. do. G.	4½	97½ G
do. do. H.	4½	97½ G.
Cöln-Minden III.	4	89½ B.
do. do. do.	4½	99 B.
do. do. IV.	4	89¾ bz.G.
do. do. V.	4	89½ B.
Märkisch-Posener	5	102 B.
Ndrschl.-Märkische	4	92¼ bz.G.
do. do. III.	4	90 G.
do. do. IV.	4½	101½ G.
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	101¼ G
do. do. D.	5	101¼ G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	89¾ bz.G.
do. E.	3½	81½ G.
do. F.	4½	99 G.
do. G.	4½	98½ bz.
do. H.	4½	98½ bz.
do.	5	102¼ bz.G
do. Brieg-Neisse	4½	97½ bz.G.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	90 G.
do. do. III.	4½	— —
do. do. IV.	4½	—
do. do.	5	102½ bz.B.
Ostpreuss. Südbahn	5	101⅛ G.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101½ B.
Schlesw. Eisenbahn	4½	96½ bz.G.
Stargard-Posen III. Em.	4½	98½ G.
Lemberg-Czernowitz	5	67⅜ bz.B.
do. do. II.	5	79¾ bz.
do. do. III.	5	70¾ bz.B.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	93⅞ bz.B.
do. do. neue	5	89⅞ bz.B.
Kaschau-Oderberg	5	85⅛ et bz.B.
Kronpr. Rudolph-Bhn.	5	86¾ bz.
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	82¼ B.
Oesterr.-Französische	3	295⅞ bz.
do. do. neue	3	283 bz.
do. südl. Staatsbhn.	3	250½ bz.
do. neue	3	248½ bz.
do. Obligationen	5	86½ et bz.B
Chemnitz-Komotau	5	91¾ bz.G.
Prag-Dux	5	85⅛ et bz.B.
Dux-Bodenbach	5	88¼ bz.
Rockford Rock Island	7	33½ bz.B.
Ung. Nordostbahn	5	77 et bz.G.
Ung. Ostbahn	5	70½ et bz.B.
Warschau-Wien II.	5	96¾ B.
do. III.	5	95⅜ bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht	8/5	—	4	46½ bzB.
Berg.-Märkische	7½	—	4	123½ bz
Berlin-Anhalt	18½	—	4	210 bz G.
Berlin-Görlitz	0	—	4	116¼ bz G
Berlin-Hamburg	10⅝	—	4	221⅛ bz
Berl.-Potsd.-Magd.	14	—	4	153 bz B.
Berlin-Stettin	11	—	4	187 bz G.
Böhm. Westbahn	8¼	—	5	110¾ et bzB.
Breslau-Freib.	9½	—	4	123 bz
do. neue	—	—	5	113 bz
Cöln-Minden	11⅕	—	4	164¾ à 5¼ bz
do. do. neue	5	—	5	113⅜ bz
Dux-Bodenbach B.	5	—	5	64 bz B.
Gal. C.-Ludw.-B.	8½	—	5	105 à ¼ bz
Halle-Sorau Guben	4	—	4	66⅝ bz G.
Hannover-Altenb.	5	—	5	79¾ G.
Kaschau-Oderberg	5	—	5	83⅝ bz B.
Kronpr.-Rudolfb.	5	—	5	78¼ bz G
Ludwigsh.-Bexb.	11¾	—	4	196 G.
Märk.-Posener	0	—	4	62½ bz G.
Magdeb.-Halberst.	8½	—	4	132⅜ et bzG.
Magdeb.-Leipzig	16	—	4	266¼ bz B.
do. Lit. B.	4	—	4	98¾ bz B.
Mainz-Ludwigshaf.	11	—	4	175 bz
Ndrschl.-Märk.	4	—	4	95¾ G.
Ndrschl.-Zweigb.	5	—	4	111¾ B.
Oberschles. A. u. C.	13⅜	—	3½	216⅝ bz
do. B.	13⅜	—	3½	194 B.
Oestr.-Fr.-St.-B.	12	—	5	203 à ¾ bz
Oester.-Nordwestb	5	—	5	131¾ à 2⅛ bz
Oestr. südl. St.-B.	4	—	5	115½ à 16 bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	46 bz G.
Rechte O.-U.-Bahn	3	—	5	127¼ bz G.
Reichenberg-Pard.	4²/₇	—	4½	81 et bz B.
Rheinische	10	—	4	155¼ bz G.
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	44⅝ bz G.
Rumän. Eisenb.	5⅓	—	5	43⅞ bz G.
Schweiz. Westbahn	2	—	4	53¾ bz
Stargard-Posener	4½	—	4½	100 bz B.
Thüringer	10½	—	4	149 et bz
Warschau-Wien	12	—	5	86⅞ B.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

	1871	1872	Zf.	
Berlin-Görlitzer	5	—	5	107⅜ bz
Berlin Nordbahn	—	—	5	72½ bz
Breslau-Warschau	5	—	5	65 G.
Halle-Sorau Guben	5	—	5	83⅞ bz
Hannover-Altenb.	5	—	5	91 bz
Kohlfurt-Falkenb.	—	—	5	91⅝ bz G.
Märk.-Posener	0	—	5	85 bz G.
Magdeb.-Halberst.	3½	—	3½	81¾ bz B.
Ostpr. Südbahn	0	—	5	69¾ bz G.
Rechte O.-U.-Bahn	5	—	5	124½ B.
Saal-Bahn	—	—	5	78 G.

Bank- und Industrie-Papiere.

	1871	1872	Zf.	
AngloDeutscheBk	—	—	5	120 B.
Berliner Bank	15	—	4	114 bz G.
Berl. Bankverein	16	—	5	145⅜ bz G.
Berl. Kassen-Ver.	12⅖	—	4	300 G.
Berlin. Hand.-Ges.	12½	—	4	147 bz
Berl. Lombard-Bk.	5	—	5	— —
Berl. Makler-Bank	25⅔	—	4	107⅝ bz
Berl. Prod.-Makl.-B.	—	—	5	97 bz G.
Berl. Wechslerbnk.	12½	—	5	61⅛ bz G.
Braunschw. Bank	8½	—	4	124 G.
Bresl. Disc.-Bank				
Friedenthal u. C.	13	—	4	119⅞ bz G.
Bresl. Handels-Ges.	—	—	5	— —
Bresl. Maklerbank	—	—	5	139 B.
BreslMakl-Ver-Bk	—	—	5	107¾ B.
BrProvWechslerB.	—	—	5	107 B
Brsl. Wechslerbnk.	12	—	4	128¼ bz G.
Centr.-Bk. f. Genos.	12	—	4	127⅜ bz
CoburgerCred.-Bk.	10¼	—	4	104⅛ bz
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	115 G.
Darmst. Creditb.	15	—	4	187½ bz G.
Darmst. Zettelbank	8	—	4	114¼ bz G
Dessauer	—	—	fr.	— —
Deutsche Bank	8	—	4	— —
DeutscheUnionsbk	11⅛	—	4	166⅞ bz G.
Disc.-Com.-A.	24	—	4	275 bz
Genfer Bank	—	—	fr.	7½ bz
Genossensch.-Bnk.	10⅔	—	4	133¼ G.
do. junge	—	—	4	126 G.
Gewb. Schusteru. C.	10⅔	—	4	132½ bz G.
Goth. Grundcred.-B	9	—	4	114½ bz
Hamb. Nordd. Bk.	12⅗	—	4	175 G.
do. Vereins-Bk.	11¼	—	4	124 G.
Hannover'sche do.	—	—	5	111 bz B.
do. Disconto-Bk.	—	—	4	92 bz G.
Hessische Bank.	—	—	4	87¼ G.
Königsberger do.	11	—	5	101 et bz B.
Landw.-B. Kwileck	—	—	4	99¾ bz G.
Leipz. Credit-Bnk.	11	—	5	174¾ G.
Luxemburger do.	12	—	4	140½ et bz G.
Magdeburger do.	5⅕	—	4	107¼ bz G
Meininger do.	12	—	4	144⅞ bz G.
Moldauer Lds.-Bk.	6	—	4	— —
Ndrschl. Cassenver.	12	—	4	128 bz
Nordd. Grundcr.-B	8	—	4	107 bz G.
Oberlausitzer Bnk.	10⅔	—	5	106⅜ bz G.
Oest. Credit-Actien	17½	—	5	203⅛ à ⅞ bz
Ostdeutsche Bank	—	—	5	100¾ G.
OstdProducten-Bk	—	—	5	85 et bz B.
Posener Bank	6⅘	—	4	111 G.
Pos. ProvWechslb.	—	—	4	96½ B.
Preuss. Bank-Act.	12³/₁₀	—	4	213 bz
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B	14	—	5	175 bz G.
Pr. Central-Bod. Cr.	9½	—	5	130⅛ bz G.
Pr. Credit-Anstalt.	—	—	5	141⅞ bz G
Prov-Wechsler-Bk	—	—	4	82 bz
Sächs. B. 60% I. S.	10	—	4	151½ B.
Sächs. Cred.-Bank	11	—	4	133½ bz G.
Schles. Bank-Ver.	12	—	4	159 G
Schl. Vereins-Bank	—	—	5	108 bz
Thüringer Bank	15	—	5	124½ bz G.
Ver.-Bk. Quistorp.	—	—	5	182 bz G.
Weimar. Bank	7	—	4	117¼ bz
WienerUnionbank	—	—	5	159½ G.
Berl. Eisenb. Bed-A	10⅓	—	5	130 et bz
Görlitzer do.	0	—	5	77¼ bz G
Oberschles. do.	6	—	5	154⅞ bz B
Märk. Schl Masch-G	—	—	5	66 et bz G.
Nordd. Papierfabr.	8¹/₁₀	—	5	96 G.
Westend, Comm-G.	16	17	5	192¾ bz G.
Baltischer Lloyd.	10	—	5	75¾ bz G
Bresl. Bierbrauerei	—	—	5	74 B.
do. verein. Oelfab.	—	—	5	88 bz G
Bresl. E-Wagenbau	7	—	5	92 G.
Erdm. Spinnerei.	—	—	5	87½ bz G.
Hoffm's Wagg. Fab.	—	—	5	73 bz G.
S. Act. Br. (Scholtz)	9	—	5	90 B.
do. Porzellan	—	8	5	103 G.
Schl. Leinenindust.	10	—	5	106 B.
Schl. Tuchfabrik	11	—	5	105 bz G.
do. Wagenb. Anst.	—	—	5	89 et bz
Donnersmarkhütte	—	—	5	— —
Königs- u. Laurah.	12½	—	5	244⅛ bz
Lauchhammer	—	—	5	114 bz G.
Marienhütte	—	—	5	123 bz G.
Minerva	—	—	5	— —
O. Schl Eisenwerke	—	—	5	92 G.
Redenhütte	—	10	5	118 B.
Schl. Kohlenwerk.	—	—	5	108½ bz G.
Schles. Zinkh.-Act.	6	—	5	106 bz G.
do. St.-Pr.-Act.	6	—	4½	106 et bz B
Tarnowitz. Bergb.	9	—	fr.	270½ G.
Hyp. Pfdb. d. Pr. Bod	—	—	fr.	102¼ bz
Pomm. Hyp.-Briefe	—	—	5	— —
Goth. Präm.-Pfndb.	—	—	5	105¼ B.
MeiningerPrämPfb	—	—	4	93¾ bz G.
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12	—	4	120 bz G.
Schles. Feuervers.	20	—	4	130 G.

Bank-Discont 4½ pCt.
Lombard-Zinsfuss 5½ pCt.

= **Breslau**, 27. Januar. [Verspätung.] Der Eilzug aus Wien hat heute in Oderberg den Anschluß an den Eilzug nach Breslau nicht erreicht.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Bern, 26. Januar. Ueber die Anträge, welche der am 28. d. M. zusammentretenden Baseler Diöcesan-Conferenz von der Berner Regierung vorgelegt werden sollen, sind vollständigere Angaben in den heutigen „Baseler Nachrichten" enthalten. Darnach lauten die Regierungs-Anträge auf Amtsentsetzung des Bischofs Lachat von Basel und sofortige Suspension desselben in Ausübung seiner amtlichen Functionen, ferner auf Entziehung der Einkünfte, die ihm vom Staate gewährt werden, und auf Sequestration derjenigen Einnahmen, welche aus Diöcesan-Gute herrühren. Außerdem soll an die Regierung von Solothurn das Ersuchen gestellt werden, dem Bischofe seine Amtswohnung in Solothurn zu kündigen und an das Domcapitel die Aufforderung ergehen, einen neuen, den Cantonalregierungen genehmen Bisthumsverweser ad interim zu ernennen. Mit den Regierungen von fünf Cantonen, welche der Diöcese angehören, sollen sofort Verhandlungen über eine Revision des Diöcesanvertrages eröffnet und von den betreffenden Beschlußnahmen den Regierungen von Zug und von Luzern, sowie dem Bundesrathe zur weiteren Uebermittelung an den Papst, Kenntniß gegeben werden.

Bern, 25. Januar. Die Baseler Diözesanconferenz tritt erst am 28. d. Mts. zusammen; am 27. findet eine Versammlung der freisinnigen Mitglieder derselben statt. Die Conferenz soll nunmehr, der ursprünglichen Absicht zuwider, auch noch von den Cantonen Luzern und Zug beschickt werden; wie man vermuthet, um gegen die Entsetzung des Bischofs von Basel von seinem Amte Protest einzulegen.

Paris, 25. Januar. Gestern Abend ist das Bureau der „Banque territoriale d'Espagne" von einem Polizei-Commissarius einer Recherche unterzogen worden. Da keiner der Bankadministratoren im Bureau anwesend war und der Generalsecretär der Bank, Jaurès, erklärte, daß er sich nicht im Besitze der Kassenschlüssel befinde, so ließ der Polizei-Commissar die Kassenbehälter durch einen Schlosser öffnen und unterwarf die der Bank gehörigen Papiere, sowie diejenigen Clement Duvernois', die sich dort befanden, einer sorgfältigen Untersuchung.

Versailles, 25. Januar. In der heutigen Sitzung der Dreißiger-Commission brachte Delacour ein Amendement ein, nach welchem der Präsident der Republik solchen Interpellationen beiwohnen könne, welche sich auf die allgemeine Politik beziehen, und solle der Ministerrath entscheiden, welche Angelegenheiten diesen Charakter haben. Es wurde hierüber kein Beschluß gefaßt. Thiers und die Majorität der Commission scheinen einer Verständigung auf dieser Basis geneigt.

Brüssel, 25. Jan. In der Generalversammlung der Actionäre der Banque de l'Union, Jacob Frères, hat sich, wie der „Etoile belge" meldet, eine so große Anzahl für das an die Regierung zu richtende Gesuch um Bewilligung eines Moratoriums ausgesprochen, daß die dazu erforderliche Majorität der Stimmen bei Weitem überschritten ist.

London, 26. Jan. Der Legationssecretär bei der britischen Botschaft in St. Petersburg, Mitchell, welcher sich am Freitag auf seinen Posten zurückbegeben hat, überbringt, wie der „Observer" meldet, der russischen Regierung Depeschen bezüglich der central-asiatischen Frage. — Nach demselben Blatte hat die conservative Partei auf den Rath Disraeli's den Beschluß gefaßt, die irländische Erziehungsfrage zur Basis einer entschiedenen Opposition gegen die Politik der Regierung zu machen.

New-York, 25. Januar. Der Postdampfer des baltischen Lloyd „Thorwaldsen" ist heute mit Passagieren in voller Ladung nach Havre abgegangen, macht eine Fracht von 28,000 Thaler.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 25. 26.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	331''',94	333''',93	334''',93
Luftwärme	+ 2°,2	— 1°,2	— 1°,1
Dunstdruck	1''',61	1''',55	1''',61
Dunstsättigung	66 pCt.	86 pCt.	89 pCt.
Wind	NO. 1	NO. 1	O. 1
Wetter	heiter.	heiter.	trübe.

Januar 26. 27.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	335''',37	335''',87	335''',92
Luftwärme	— 2°,0	— 3°,7	— 5°,3
Dunstdruck	1''',37	1''',26	0''',98
Dunstsättigung	82 pCt.	89 pCt.	81 pCt.
Wind	O. 1	NO. 1	NO. 1
Wetter	trübe.	heiter.	heiter.

Breslau, 27. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 7 Z. U.-P. 1 F. 3 Z.

Wien, 25. Januar. [Wochenausweis der gesammten lombardischen Eisenbahnen] vom 8. bis zum 14. Januar 1,088,612 Fl., gegen 941,178 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochenmehreinnahme 147.434 Fl. Bisherige Mehreinnahme vom 1. Januar 1873 ab 200,482 Fl.

Brüssel, 25. Jan. Die Bank von Belgien hat den Discont von 5 auf 4½ Procent herabgesetzt.

Triest, 25. Januar. [Der Lloyddampfer „Persia"] ist heute Nachmittag 2¼ Uhr mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandspost aus Alexandrien hier eingetroffen.

New-York, 24. Januar. [Der Hamburger Dampfer „Frisia"] ist heute hier eingetroffen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 26. Jan., 2 Uhr 15 Min. [Privatverkehr.] (Schluß.) Creditactien 203¾. Staatsbahn 203¾. Lombarden 116½. Italiener 64. Rumänier —. 1860er Loose 96½. Silberanleihe 65¾. Unionbank —. Türken —. Breslauer Discontobank —. Galizier —. Darmstädter —. Laura —. Oberschlesische —. Mindener — —. Bergische —. — Sehr fest, aber geringes Geschäft.

Paris, 25 Januar, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 54, 40. Anleihe de 1871 87, 87½. Anleihe de 1872 89, 35. Italienische 5procentige Rente 65, 65. dto. Tabaks-Actien 845, 00. Franzosen (gestplt.) 772, 50. do. neue —, —. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien —, —. Oesterr. Nordwestb. 500, 00. Lombard. Eisenbahn-Actien 445, 00. do. Prioritäten 252, 00. Türken de 1865 53, 42, do. de 1869 332, 00. Türkenloose 183, 50. Neueste türkische Loose — —. 6procent. Ver. St. pr. 1882 (ungest.) —. Goldagio —.

London, 25. Januar, Nachmittags 4 Uhr. Consols 92⁵/₁₆. Spanier —. Italien. 5procentige Rente 64¼. Lombarden 17⅜. Mexikaner —. 5procent. Russen de 1862 92⅝. 5procentige Russen de 1864 97¾. Silber 59⅞. Nordd. Schatzscheine —, —. Französische Anleihe Morgan —. —. Türk. Anleihe de 1865 52⁵/₁₆. 6procent. Türk. Anleihe de 1869 64½. 6proc. Verein. St. pr. 1882 92⅞. Platzdiscont —. — Fest.

Frankfurt a. M., 26. Januar, Nachm. [Effecten-Societät.] Wiener Wechsel 107¼. Franzosen alte 356½. do. neue 309½. Hess. Ludwigsbahn 174⅛. Böhm. Westbahn 257½. Lombarden 205¼. Galizier 245¼. Elisabethbahn 269¾. Nordwestbahn 231. Elbthal 198. Gotthardbahn 104¾. Oberhessen 75¾. Albrechtsb.-Actien 182¾. do. Prioritäten 84⅜. Oregon 41¼. Creditactien 357. Baierische Präm.-Anl. 116⅝. do. Militär-Anleihe 101½. Neue Badische 103¾. 1872er russisch-engl. Anleihe vollbez. 88½. do. nicht vollbez. —. Russische Bodencredit 91. Neue Russen —. Türken 51½. Silberrente 65¾. Papierrente 61¾. Minden-Loose 94⅝. 1860er Loose 96⅞. 1864er Loose 163. Ungarische Anleihe 76½. Ungarische Loose 110¾. Raab-Grazer Loose 84⅞. Bundesanl. —. Amerikaner de 1882 96⅝. Darmst. Bankactien 470½. Meininger Bank 144¹³/₁₆. do. neue —. Schuster Gewerbebank 132⅝. Südd. Bodencredit 109. Deutsch-österr. Bank 120. Italienisch-deutsche Bank —. Oesterr. Nationalbank 1039. Franz.-ital. Bank —. Central-Pfandbriefe 97¾. Prov.-Disconto-Gesellschaft. 166⅞. Brüsseler Bank 112¾. Berl. Bankver. 146⅝. Leipziger Vereinsbank —. Frankfurter Bankverein 148½. dto. Wechslerbank 105½. Centralbank 110¾. Antwerp. Bank 109. Engl. Wechslerbank 52. Baltischport 87. Newyorker 6procent. Anleihe 94. South Eastern 69⅞. Kont-Eisenbahn —. Hahn Effectenbank 130¼. Wiener Unionbank 280. Frankfurter Baubank 106½. Dresdner Bank 105¼. Rjäsk-Wjäsma 88. — Fest.

Hamburg, 25. Januar, Nachmitt. [Schluß-Course.] Preuß. Thaler — —. Hamburger Staats-Prämien-Anl. 99¼. Silberrente 66. Oesterr. Credit-Act. 306¼. Oesterr. 1860er Loose 97½. Nordwestb. 492½. Franzosen 761. Raab-Grazer Loose 85½. Lombarden 432. Italienische Rente 64⅜.

Vereins-Bank 126. Hahn'sche Effectenbank 131. Commerzbank 126¾. Nordd. Bank 179½. Provinzial-Disconto-Gesellschaft 166¾. Anglo-deutsche Bank 119¼. do. neue 115. Dänische Landmannsbank 103¾. Dortmunder Union 173¼. Wiener Unionsbank 242. 1864er Russische Prämien-Anleihe 123. 1866er Russische Prämien-Anleihe 123. Amerikanische de 1882 92¼. Disconto 4 pCt. Laurahütte 245. Fest, aber still.

Hamburg, 25. Januar, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen pr. Januar 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 253 Br., 251 Gd., pr. Januar-Februar 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 253 Br., 251 Gd., pr. April-Mai 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 249 Br., 248 Gd., pr. Mai-Juni 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 249 Br., 248 Gd. — Roggen pr. Januar 1000 Kilo netto 164 Br., 163 Gd., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 164 Br., 163 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 165 Br., 164 Gd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 165 Br., 164 Gd. — Hafer und Gerste ruhig. — Rüböl still loco 24¼, pr. Mai 24¼, pr. October pr. 200 Pfd. 74¼. — Spiritus matt, pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Januar, pr. Januar-Februar u. pr. April-Mai 46¼. — Kaffee animirt, Umsatz 4000 Sack. — Petroleum flau, Standard white loco 12¼ Br., 12 Gd., pr. Januar 12 Gd., pr. Januar-März 11¾ Gd. — Wetter: Schön.

Hamburg, 25. Januar. [Abendbörse.] 8¾ Uhr. 1860er Loose — Amerikaner 93. Italiener 64¾. Lombarden 432,50. Oesterr. Credit-Actien 306,25. Oesterr.-Franz. Staatsbahn 761,50. Nordwestbahn —, —. Anglo-Deutsche Bank 120. — Laura —. Silberrente 65¾. Commerz- u. Disct.-Bank —, —. Dortmunder —, —. Still.

Hamburg, 26. Januar. [Privatverkehr.] Oesterr. National-Anleihe 66. Creditactien 306¾. Franzosen 760¾. Lombarden 432¾—435¾. Vereinsbank 126. Nordwestbahn 493. Norddeutsche Bank 179¾. Anglo-deutsche 120¼. Hamburger 126¾. Laurahütte 245. Dortmunder Union 173¼. Fest.

Liverpool, 25. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8,000 Ballen. Unverändert, Lieferung fest. Tages-Import 300 Ballen Surats.

Liverpool, 25. Januar, Nachm. [Baumwolle.] (Schlußbericht) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Behauptet. Middl. Orleans 10 5/16, middl. amerikanische 9 15/16, fair Dhollerah 7¼, middl. fair Dhollerah 6⅝, good middl. Dhollerah 6, middling Dhollerah 5¾, fair Bengal 4¾, fair Broach 7¼, new fair Domra 7¼, good fair Domra 7¾, fair Madras 6¾, fair Pernam 10¾, fair Smyrna 8, fair Egyptian 10¾. Amerikanische 9¼.

Newyork, 25. Januar, Abends 6 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel auf London in Gold 109⅜. Gold-Agio 13¾. 5/20ziger Bonds de 1885 116⅛, do. neue 115⅛, do. de 1865 excl. 116¾. Erie-Bahn 64¾. Illinois 121. Baumwolle 20¾. Mehl 7, 90. Raffinirtes Petroleum in Newyork 21½. Raff. Petroleum in Philadelphia 21. Havanna-Zucker Nr. 12 9¾. Rother Frühjahrsweizen —. Höchste Notirung des Goldagios 14¼, niedrigste 13¾.

Köln, 25. Januar, Nachmittags 1 Uhr. [Getreidemarkt.] Wetter: Schön. Weizen niedriger, hiesiger loco 8, 15, fremder loco 8, 10, pr. März 8 12, pr. Mai und pr. Juli 8, 10. Roggen niedriger, loco 5, 15, pr. März 5, 10½, pr. Mai 5, 14, pr. Juli 5, 16. Rüböl behauptet, loco 12 7/10, pr. Mai 12 7/10, pr. October 12 9/10. Leinöl loco 12 7/10.

Paris, 25. Jan., Nachmittags. [Productenmarkt.] Rüböl ruhig, pr. Januar 97, 50, pr. März-April 97, 50, pr. Mai-August 99, 00. Mehl weichend, pr. Januar 70, 00, pr. März-April 70, 25, pr. März-Juni 70, 50. — Spiritus pr. Januar 55, 00. — Wetter: Veränderlich.

Amsterdam, 25. Januar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Roggen pr. März 196¾, pr. Mai 199.

Antwerpen, 25. Januar, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, Roggen behauptet, französischer 20. Hafer unverändert, inländischer 18. Gerste stetig.

Antwerpen, 25. Januar. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß, loco und pr. Januar, pr. Februar und pr. März 44 bez., 44¾ Br. — Weichend.

Hamburg, 25. Januar. Nach Berichten, welche der Hamburger „Börsenhalle" aus Rio de Janeiro vom 2. Januar (per Dampfer „Araucania") zugegangen sind, betrugen seit letzter Post die Abladungen von Kaffee nach dem Kanal und der Elbe 4300, nach Havre, englischen Häfen, Belgien Holland und Bremen 12600, nach der Ostsee, Schweden, Norwegen, Kopenhagen 4000, nach Gibraltar und dem Mittelmeer 6900, nach Nordamerika 51,200 Sack. Vorrath in Rio 95,000, tägliche Durchschnittszufuhr 7000 Sack. Preis good first 9500 à 9700 Reis. Cours auf London 25⅞ à 26⅛ D. Fracht nach dem Kanal 30 Sh. Abladungen von Santos nach Nordeuropa 7400, nach Südeuropa 3200 Sack.

§ **Breslau**, 27. Jan., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide sehr ruhig, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen wenig verändert, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 6¾ bis 9 Thlr., gelber 7—8 5/12 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen nur feine Qualitäten gut beachtet, pr. 100 Kilogr. 5 5/12—6 1/12 Thlr., feinste Sorte 6⅙ Thlr. bezahlt.

Gerste gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. 4¾—5⅙ Thlr., weiße 5⅙ bis 5 5/12 Thlr.

Hafer fester, pr. 100 Kilogr. 4⅙ bis 4 5/12 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen lustlos, pr. 100 Kilogr. 4⅚—5⅓ Thlr.

Wicken sehr fest, pr. 100 Kilogr. 4 5/12—4¾ Thlr.

Lupinen offerirt, pr. 100 Kilogr. gelbe 3—3¼ Thlr., blaue 2 11/12 bis 3⅙ Thlr.

Bohnen niedriger, pr. 100 Kilogr. schlesische 5¾—6 Thlr.

Mais unverändert, pr. 100 Kilogr. 5—5⅓ Thlr.

Oelsaaten in fester Haltung.

Schlaglein mehr offerirt.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinsaat	8 — —	8 15 —	9 — —
Winter-Raps	9 15 —	9 17 6	10 5 —
Winter-Rübsen	8 27 —	9 2 6	9 17 6
Sommer-Rübsen	8 17 —	9 — —	9 17 6
Leindotter	7 — —	7 25 —	8 10 —

Rapskuchen mehr beachtet, schlesische 73—76 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen matter, schlesische 88—90 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat in matter Haltung, rothe 13½—16⅙ Thlr. pr 50 Kilogr., weiße 16—19—21½ Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee mehr offerirt, 8½—10⅙ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¾—4 Sgr.

Antonio Fernandez,

eine alte echte Havanna-Cigarre, die früher 35 Thlr. kostete, verkaufe ich jetzt mit 20 Thlr. pro Mille, um damit zu räumen. Havanna-Ausschuß à Mille 13 Thlr. [1771]

A. Gonschior, Weidenstraße 22.

Moselwein, ohne Säure, pro Flasche von 9 Sgr. ab bei C. Hellendall, Ohlauer-Straße Nr. 64.

Stadt-Theater.

Montag, den 27. Januar. Zum 1. Male: „Maria und Magdalena." Schauspiel in 4 Akten von Paul Lindau.

Dinstag, den 28. Januar. „Martha", oder: „Der Markt zu Richmond." Oper in 4 Akten von W. Friedrich. Musik von F. v. Flotow.

Lobe-Theater.

Montag, den 27. Januar. Zum 2. Male: „Javotte, das neue Aschenbrödel."

Dem Schornsteinfegermeister

Edmund Forchmann

in Kattowitz

zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch! daß alle Bomben und Granaten platzen.

Gewidmet von seinem Freunde

R. St.

Spandau, im Januar 1873.

Liegnitz.
Ullmann-Concert.

Sonntag, den 2. Februar c.
Abends 7 Uhr im Schiesshaussaale.
Billet-Verkauf in der Buchhandlung von [1118]
Max Cohn in Liegnitz.

Von Ludolf Waldmann's

Op. 19. „Ach wir armen Klosterbrüder" 10 Sgr.,

erschien soeben das zweite Tausend! Vorräthig in allen Musikalien-Handlungen. [1725]

Waldmann's Lieder sind in Breslau vorräthig bei **Theodor Lichtenberg**, Musikalienhandlung, Schweidnitzerstr. 30.

[1918] **Breslauer Actien-Bierbrauerei**

Heute Montag Großes Concert

von der Kapelle des Herrn F. Langer.
Anfang 7 Uhr.
Entree à Person 1 Sgr., Kinder die Hälfte.
☞ Hunde dürfen nicht mitgebracht werden.

Leihbibliothek, Musikalien-Leih-Institut.

Abonnements können täglich beginnen.

Theodor Lichtenberg,
Schweidnitzerstrasse 30.

Victoria-Keller,

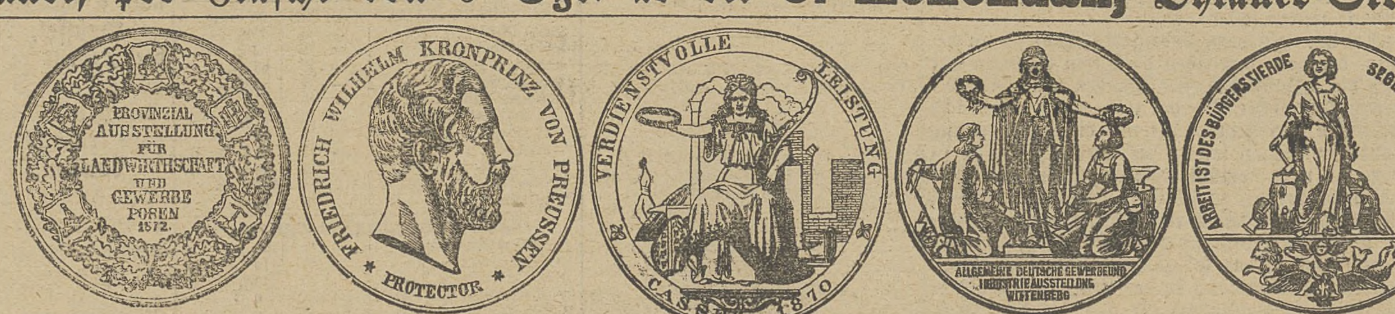
Ohlauerstraße 84, Ecke Schuhbrücke, empfiehlt sein **Restaurant** bei Damen-Bedienung. [1169]

Special-Arzt Dr. Meyer

in Berlin heilt brieflich Syphilis, Geschlechts- und Hautkrankheiten selbst in den hartnäckigsten Fällen gründlich und schnell. Leipzigerstraße 91. [448]

Kiefer-Samen,

bester Qualität à ½ Kilogr. 1 Thlr. 1 Sgr., 100 Kilog. 100 Thlr., sowie andere Samen und Pflanzen, Allee-, Obst- u. Zierbäume zu zeitgemäß billigen Preisen, offerirt H. Gärtner in Schönthal bei Sagan, und sendet auf Verlangen Preisverzeichnisse gratis. [1897]



Die größte Auswahl von Billards empfiehlt

J. Neuhusen's Billard-Fabrik,

auch in **Moskau** prämiirt.

Berlin. Breslau, Dresden.

Carlsplatz Nr. 2. [1922]

Aus der **Fraenckel'schen Stiftung** zur Beförderung der Künste und Handwerke unter den Juden sind für das laufende Jahr folgende Stipendien zu vergeben:

1) Ein Stipendium von 200 Thalern zum Besuch des königl. Gewerbe-Instituts resp. der königl. Musterzeichnen-Schule zu Berlin.
2) Ein Stipendium von 200 Thalern zum Besuch der königl. Bau-Akademie zu Berlin.
3) Ein Stipendium von 200 Thalern zur höheren Ausbildung in der Maschinenbau-Kunst.
4) Ein Stipendium von 250 Thalern zum Besuch der königl. Akademie der Künste in Berlin.

Die Bewerbungen um jedes dieser Stipendien sind bis zum 15. März d. J. bei dem unterzeichneten Curatorium einzureichen.

Auch können vom 1. April d. J. ab wieder einige „Fraenckel'sche Freistellen" an der hiesigen königl. Kunst-, Bau- und Handwerksschule besetzt werden.

Zur Concurrenz werden qualificirte Bewerber jüdischer Religion aus der Provinz Schlesien zugelassen.

Breslau, den 27. Januar 1873. [1919]

Das Curatorium der Commerzien-Rath Fraenckel'schen Stiftungen.

Provinzial-Makler-Bank

Ueberweisungen in der Ultimo-Liquidation nehmen wir bis zum 28. d. M., Nachmittags 5 Uhr an. Von da ab werden wir selbst überweisen. [1898]

Breslau, den 25. Januar 1873.

Provinzial-Makler-Bank.

Reelle Zeichner und Inhaber von [1917]

Donnersmarckhütte-Actien

werden in ihrem eigenen Interesse um genaue Angabe ihrer Adressen sub Chiffre X. 3198. an die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse in Breslau ersucht unter Angabe, ob ursprüngl. Zeichner.

Wer das der Kahlköpfigkeit vorangehende Ausfallen und das darauf folgende vorzeitige Ergrauen der Haare bald beseitigen will, wende die in den allerhartnäckigsten Fällen sicher wirkende [1117]

Kauk. veg. Haar-Tinctur

(russisches Familien-Geheimniß)

à Fl. 10 und 20 Sgr. an. Allein zu bez. in Wandel's Parfüm-Geschäft, Nicolaistr. 40.

Leere **Petroleum-Gebinde** und **große Oelfastagen** kaufen [1804]

Vereinigte Breslauer Oelfabriken Actien-Gesellschaft.

Näh-Maschinen,

Carl Beermann, Berlin, v. d. Schlesischen Thore.

Magazin: Leipzigerstraße Nr. 127.
Billigste Preise. Genaueste Justirung. [1753]

Für Destillateure!

Reine unverfälschte Lindenholzkohlen sind nur zu haben bei [1759]

H. Aufrichtig jun.,
früher F. Philippsthal.
Comptoir: Reuschestraße Nr. 42.

Ein wenig gebrauchtes

franz. Marmor-Billard

ist wegen bereits erfolgter Aufgabe des Geschäfts für 200 Thlr. fest baar sofort zu verkaufen. Näheres b. Herrn Paul Kallmann, Liegnitz, Burgstraße. [415]

An hiesiger Realschule 1. Ordnung ist zum 1. April d. J. die Stelle eines [204]

Zeichenlehrers

zu besetzen. Das Jahresgehalt beträgt 450 Thaler bei 16wöchentlichen Lehrstunden. Geprüfte Bewerber wollen sich baldigst unter Einreichung ihrer Zeugnisse bei uns melden.

Sprottau, den 11. Januar 1873.

Der Magistrat.

Hotel-Verkauf.
Wehowsky's Hôtel in Pless O|S.

Wegen andauernder Kränklichkeit bin ich gesonnen, meine Hotelbesitzung mit vollständigem Inventar aus freier Hand zu verkaufen. [381]

Anzahlung nach Uebereinkunft, während der Rest des Kaufpreises stehen bleiben kann.

Ernstliche Selbstkäufer wollen sich direct an mich wenden.

Pleß, im Januar 1873.

Rudolph Wehowsky,
Hotelbesitzer und Maurermeister.

In einer größeren Stadt Schlesiens

wird eine im [413]

gutem Gange befindliche Bäckerei

zum 1. Juli c., ev. auch früher, zu kaufen resp. zu pachten gesucht.

Offerten sub Nr. 55 sind an Herrn **Moritz Reiß** in Gr.-Glogau zu richten.

Schweinefett,

à Pfd. 6½ Sgr., bei 10 Pfd, 6 Sgr.

Bestes Petroleum,

fast geruchlos, à Litres 3 Sgr. 10 Pfg.

Feinste Paraffin- und Stearin-Kerzen,

à Pack 6 Sgr., bei 10 Pack à 5¾ Sgr.
Feinste holl. Kerzen, à Pack 7½ Sgr.
Krystallkerzen à Pack 7½ Sgr.
Wiener Kerzen à Pfund 11 Sgr.
Wagenlichte à Pfd. 10 Sgr.

Maschinenöl, drei Qualitäten.

[805] **Wagenfett** billigst.
Talgkernseife, 8 Pfd. für 1 Thlr.

Grüne Seife,

à Pfd. 2½ Sgr., 12½ Pfd. 25 Sgr.

Schwed. Zündhölzchen,

à Pack 10 Schachteln 1 Sgr. 8 Pf.

A. Gonschior, Weidenstrasse No. 22.

Ich kaufe jeden Posten ungewaschene, bis zum Frühjahr zu scheerende Wolle ab Verkäufers Lager. Bitte um Offerten. [1116]

L. W. Epstein in Brieg.

Feinster weißer Farin,

à Pfd. 4 Sgr. 9 Pf., à Ctr. 15⅓ Thlr.

Feinster harter Zucker,

à Pfd. 5 Sgr. 6 Pf., im Brot à 5¼ Sgr.
Dampf-Röst-Kaffee, [1473]
à Pfd. 11, 13, 14, 15, 16, 18 und 20 Sgr.
Roher Kaffee, das Pfd. von 9½ Sgr. an.

Türkische Pflaumen,

à Pfd. 3 Sgr., bei 10 Pfd. 2½ Sgr.
Echte Maccaroni, à Pfd. 6 Sgr.
Maccaronibruch, à Pfd. 4½ Sgr.
Schweizer Suppen-Gemüse, à Pfd. 15 Sgr.
Feiner Tafel-Reis, à Pfd. 2 Sgr. 4 Pf.

A. Gonschior, Weidenstraße Nr. 22.

Geräucherten Lachs, Aale, Speckbücklinge, Sprotten, Flundern, Neunaugen, Brat-, Roll- und Gewürz-Heringe, jeden Tag frische gerauch. Heringe empfiehlt

E. Neukirch, Hummerei 3.

Ein Hauslehrer,

mit besten Referenzen wird unter sehr günstigen Bedingungen zu

engagiren gesucht.

Gefällige Offerten werden unter Chiffre C. Nr. 10275 befördert durch die General-Agentur von G. L. Daube & Co. **(Bernhard Grueter),** Annoncen-Expedition in Breslau, Riemerzeile 18. [1920]

Ein anständiges und gebildetes Fräulein, mit Wirthschaft und Küche vertraut, wird als Stütze für die Hausfrau zum sofortigen Antritt gesucht. Meldungen mit Zeugnissen unter E. H. poste restante Königshütte O.S. [429]

Eine Dame in gesetzten Jahren, zur Unterstützung der Hausfrau und Aufsicht der Kinder, wird zum 1. April gesucht.

Gef. Offerten unter A. Z. Grünberg i. Schl. poste restante. [417]

Ein junger Mann, der 2½ Jahre im Waarengeschäft fungirt hat, sucht, mit Correspondenz u. Buchführung vertraut, in einem Bankgeschäft als Volontair zu s. weiteren Ausbild. bald Stellung. Gefl. Adr. unter Z. 3 i. Brfkst. der Bresl. Ztg. [1118]

Für mein Mode-Waaren- und Tuch-Geschäft suche ich [1047]

einen tüchtigen Commis,

jüdischer Confession, der der Buchführung vollständig gewachsen ist.

Myslowitz. Simon Bänder.

Ein mit den nöthigen Schulkenntnissen versehener junger Mann findet in meiner Apotheke als Eleve bald oder zum 1. April c. Aufnahme. [1828]

Neumarkt, den 22. Januar 1873.

A. Kny, Apotheker.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.